



Krankenstand
**Was Sie beachten
müssen!**



Öffentlicher Dienst
**Von Personal-
knappheit bedroht?**

FSG

team@work

DAS MITGLIEDER-MAGAZIN DER HAUPTGRUPPE 1

3/2012

**Populismus
als Programm**

Die Piraten kommen

**Keine Panik
vor den Polit-
Desperados!**



FOTO: GERT EGGENBERGER / APA / PICTUREBIS.COM

Einsetzen. Durchsetzen. Umsetzen.

Hauptgruppe 1

Änderungen im Pensionskassen- und Betriebspensionsgesetz 2012/2013

Durch eine Novelle zum Pensionskassen- und Betriebspensionsgesetz sind Maßnahmen vorgesehen, die Pensionskassenmodelle für Anwartschafts- und Leistungsberechtigte attraktiver machen sollen. Im Folgenden erhalten Sie eine Kurzfassung der wichtigsten Neuerungen, die für Anwartschaftsberechtigte (AWB) nach Inkrafttreten der Novelle mit 1.1.2013 gelten werden.

Erweiterung der Gestaltungsmöglichkeiten

- im aufrechten Dienstverhältnis:
 - Bei Vorliegen einer entsprechenden vertraglichen Vereinbarung haben AWB die Möglichkeit, die Veranlagung ihrer in der Pensionskasse verwalteten Deckungsrückstellung zu beeinflussen und eine Auswahl zwischen verschiedenen Veranlagungsstilen zu treffen.
 - Ab Vollendung des 55. Lebensjahres besteht die Möglichkeit, in ein Pensionskassenmodell mit Leistungsgarantie umzusteigen, das die Pensionskassen als neues Angebot zur Verfügung zu stellen haben.
 - Ab Vollendung des 55. Lebensjahres besteht für AWB im beitragsorientierten Modell die Möglichkeit, die betriebliche Altersvorsorge über ein alternatives betriebliches Vorsorgeprodukt außerhalb der Pensionskasse (z. B. betriebliche Kollektivversicherung) fortzusetzen, sofern die Dienstgeberin einen entsprechenden Vertrag abgeschlossen hat. Eine spätere Rückkehr in die Pensionskasse ist bis zum Pensionsantritt möglich.
 - erworbene Anwartschaften aus einer der Pensionskasse ähnlichen kollektiven Altersvorsorgeeinrichtung (Rechtsanwälte, Wirtschaftstreuhand, Pharmazeuten) können in die Pensionskasse übertragen werden.
- Bei Beendigung des Dienstverhältnisses:

Neben den bereits bisher bestehenden Möglichkeiten, bei Beendigung des Dienstverhältnisses über die erworbene Anwartschaft zu verfügen, bestehen für AWB nunmehr weitere Wahlmöglichkeiten:

 - Wechsel in das bereits erwähnte Pensionskassenmodell mit Leistungsgarantie
 - Wechsel in ein alternatives betriebliches Vorsorgeprodukt außerhalb der Pensionskasse

Zusätzliche Informationsrechte

Die ohnehin bereits sehr umfangreichen Informationsrechte des/der AWB werden noch erweitert:

- jeder AWB hat das Recht, von der Dienstgeberin oder von der Pensionskasse die für ihn/sie relevanten Passagen des Pensionskassenvertrages ausgehändigt zu erhalten,
- die Pensionskasse hat auf Verlangen über externe Kosten der Veranlagung zu informieren.

Vorwegbesteuerung (bereits seit 1.4.2012 in Kraft!)

Durch das Sparpaket wurde für AWB mit Geburtsjahrgang vor 1953 die Möglichkeit geschaffen, das von der Dienstgeberin finanzierte Guthaben bereits zum 31.12.2011 vorweg pauschal besteuern zu lassen, wodurch sich für die dann daraus später resultierende Alterspension eine günstigere steuerliche Behandlung ergibt. Eine Entscheidung darüber ist bis 31.10.2012 zu treffen.

Detailinformationen stellen wir den von dieser Regelung betroffenen AWB im Online-Kundenportal auf unserer Homepage (www.arge-gewien.at) zur Verfügung.

Verbesserungen beim persönlichen Aufbau der betrieblichen Altersvorsorge

- Marktkonforme Rahmenbedingungen im beitragsorientierten Pensionskassen-Modell:

Unabhängig vom Inhalt bestehender Modelle werden Neuzugänge automatisch in ein Pensionskassenmodell integriert, dessen Rahmenbedingungen (Rechnungszins, rechnungsmäßiger Überschuss) zeitgemäß sind. Die Höhe dieser Rahmenbedingungen wird durch eine Verordnung der FMA festgelegt.
- Schaffung der Möglichkeit, das Pensionskassenmodell während bestimmter Karenzzeiten durch Entrichtung von Eigenbeiträgen fortsetzen zu können.
- Vergrößerung der Entscheidungsfreiheit, wenn nach Beendigung des Dienstverhältnisses eine beitragsfreie Anwartschaft in der Pensionskasse verbleibt.

Weitere Informationen erhalten Sie mit Ihrer nächsten Information zur Beitrags- und Kapitalentwicklung im Mai 2013.

Bei Fragen können Sie sich gerne auch an unsere Serviceline unter der Telefonnummer

(01) 240 10 - 678
wenden.

1020 Wien, Obere Donaustraße 49 - 53

Politik & Gewerkschaft

- 04 **Facts & Figures**
Subsidiaritätsrüge stoppt vorerst „Monti II“
- 05 **Leitartikel**
Fiskalpakt bloß nicht gegen die Reichen
- 06 **Thema**
Die Piratisierung der Politik - und ihre Folgen

Hauptgruppe 1

- 09 **Thema**
Öffentlicher Dienst vor Personalknappheit
- 10 **Thema**
Querraunzer: Österreich unter dem Rettungsschirm
- 18 **Interview**
Dienststellenausschussvorsitzende im Porträt
- 22 **Gesund & Leben**
Getrennt und doch gemeinsam für die Kinder
- 24 **Thema**
GdG-KMSfB-„GesundheitslotsInnen“

Fit & Fun

- 30 **Sport**
Betriebskeglermeisterschaft Hauptkläranlage
- 31 **Denksport**
Schlaue Köpfe sind bei der Gewerkschaft

Freizeit

- 35 **Facts & Figures**
Brettln auf dem Kreischberg: Glückliche

„Soft“ ist nicht unsere Stärke

Bild: © Petra Spioia

Michael Kerschbaumer
Stellvertretender Vorsitzender der Hauptgruppe 1

Soft“ ist nicht unbedingt der Stil der Gewerkschaft, wenn sie etwas durchzusetzen und dabei vielleicht auch Gesprächspartnern wehzutun hat. Der „Soft Relaunch“ für die Homepage der FSG in der Hauptgruppe 1 (<http://www.fsg-hg1.at>), der jetzt gerade stattfindet, tut gut. Den NutzerInnen nämlich, die die nachgebesserte Grafik und die ein wenig überarbeitete Struktur schätzen werden. Schauen Sie einfach vorbei! Sie werden staunen, was sich unter dem Dach der Homepage alles verbirgt – aktuelle Informationen, Umfragen zu brennenden Themen, Einblick in die Strategien der FSG und last, but not least die Kontaktdaten aller FSG-PersonalvertreterInnen und GewerkschafterInnen.

In dieser Ausgabe starten wir eine Serie über die Dienststellenausschussvorsitzenden, die Sie auch von ihrer privaten Seite kennenlernen können.

Zufrieden sein können wir mit dem Abschluss einer neuen Betriebsvereinbarung bei WienKanal. Sie ist für MitarbeiterInnen ebenso wie die kooperative Abteilungsleitung lebbar. Die technische Möglichkeit der permanenten Fahrtroutenerfassung wird nicht genutzt, registriert werden nur Zeit und Ort der Räumung.

Von unserer Frauenvertretung lesen Sie, wie die Sprache Geschlechterrollen sichtbar macht und was man daraus schließen sollte.

Auf der Europaseite bekommen Sie einen Einblick, wie die konservative („Experten“-) Regierung auf dem „Stiefel“ versucht, Interessengruppen gegeneinander auszuspielen und zu verscherbeln, was nicht niet- und nagelfest ist. Die Konzerne sollen sich zulasten der ArbeitnehmerInnen sattfressen. Böse Erfahrungen haben wir ja hierzulande in den Zeiten der schwarz-blauen Selbstbedienungsregierung gesammelt. ArbeitnehmerInnenschutz durch die Gewerkschaften bleibt südlich und nördlich des Brenner unentbehrlich.

Michael Kerschbaumer

Subsidiaritätsrüge stoppt vorerst „Monti II“

Recht auf gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen darf nicht beschnitten werden!

Neuere hat die EU-Kommission versucht, Gewerkschaftsrechte durch die Hintertür außer Kraft zu setzen. Mit ihrer Subsidiaritätsrüge gegen die sogenannte Monti-II-Verordnung haben die EU-Mitgliedstaaten diesen Versuch allerdings zurückgewiesen. „Das ist ein richtiger und guter Schritt“, kommentiert Thomas Kattinig, Mitglied des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA), die erste erfolgreiche Subsidiaritätsrüge auf EU-Ebene.

Gegen Kontrolle von Kampfmaßnahmen durch EuGH

„Obwohl das Streikrecht ausdrücklich aus dem Zuständigkeitsbereich der EU ausgenommen ist, hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) in den letzten Jahren massiv in diesen Bereich eingegriffen und das Grundrecht auf Arbeitskampfmaßnahmen massiv beschränkt“, hält Kattinig fest. Die Monti-II-Verordnung sollte eine Antwort auf die entsprechenden EuGH-Urteile sein und das Verhältnis zwischen kollektiven Kampfmaßnahmen – insbesondere Streiks – einerseits und den wirtschaftlichen Marktfreiheiten des Binnenmarktes andererseits klären.

Kattinig stellt klar: „Dass die EU-Kommission mit ihrer Vorlage versucht, die erfolgten Entscheide des EuGH durch eine sekundärrechtliche Verankerung zu zementieren, ist ein inakzeptabler Angriff auf das Recht auf Arbeitskampfmaßnahmen.“

„EuGH und nationale Gerichte hätten die Verhältnismäßigkeit und die grenzüberschreitende Situation von Arbeitskampfmaßnahmen überprüfen können. Das ist ein inakzeptabler Angriff auf das Recht auf Arbeitskampfmaßnahmen.“

Thomas Kattinig, GdG-KMSfB-Referat für Internationale Verbindungen/EU und Daseinsvorsorge



Thomas Kattinig ist Mitglied des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses.

Bild: © GdG

Damit würde dem EuGH und nationalen Gerichten die Rolle zugeteilt, die Verhältnismäßigkeit und die grenzüberschreitende Situation von Arbeitskampfmaßnahmen zu überprüfen. Die gesammelten Erfahrungen der Vergangenheit lassen Böses erahnen.

Chance auf soziale Rechte vor EU-Recht

Aufgrund des Vetos durch ein Drittel der Mitgliedstaaten ist die Verordnung vorerst gestoppt. Die Kommission muss sich nun überlegen, wie es mit Monti II weitergehen soll. Jetzt heißt es: Zurück an den Start! Durch die Ablehnung durch die Mitgliedstaaten hat sich die Chance ergeben, ein Regelwerk zu entwickeln, das soziale Grundrechte vor die Rechte des Binnenmarktes stellt.

Wir brauchen Wachstums- und Sozialpakt

Kattinig: „Ich begrüße ausdrücklich die Entscheidung der Mitgliedstaaten, der Kommission für diesen Legislativvorschlag die ‚Gelbe Karte‘ gezeigt zu haben. Für die europäischen Gewerkschaften ist dieser Entwurf völlig inakzeptabel. Im Gegenteil, wir fordern schon seit Jahren ein soziales Fortschrittsprotokoll: Damit soll den Grund- und Menschenrechten endlich Vorrang vor Wirtschaftsinteressen eingeräumt werden. Die Europäische Politik muss endlich erkennen, dass die unsozialen Sparpakete und die arbeitnehmerfeindliche Politik der letzten Jahre das Vertrauen der Menschen in Europa empfindlich stören und die Demokratie besorgniserregend aushöhlen.“

EU-Experte Kattinig ergänzt: „Wir brauchen einen Wachstums- und Sozialpakt, damit die Krise überwunden werden kann und junge Menschen endlich wieder optimistisch in die Zukunft blicken können. Europa muss ein Raum mit hoher Lebensqualität sein und nicht eine reine Werkshalle.“

Gewerkschaft kritisiert wachstumshemmende Wirkung des Fiskalpakts und fordert als Ausgleich einen Sozialpakt. Gemeinden müssen Leistungsspektrum überprüfen.

Fiskalpakt bloß nicht gegen die Reichen

Das wissen alle Milchmädchen: Wenn du wenig Kreuzer hast, musst Du sparen, sonst hast Du auf einmal Schulden. Das haben die Milchmädchen verstanden, und die Schottermizzi als Verwahrerin der Staatsschatulle auch. Sie hat mitgekriegt, dass man für die MitarbeiterInnen der öffentlichen Dienste kein Geld mehr hat. Die schmallippige Finanzerin will auch kein Geld mehr für Pensionen ausgeben.

Der gerichtsanhängige Gast des Untersuchungsausschusses und schöne Finanzminister KHG (2000 bis 2007) tönnte anno 2001, ein guter Tag beginne mit einem sanierten Budget. Gebührenerhöhungen, Leistungseinschränkungen und Privatisierungen zum Schaden des Landes machten es für ein paar Tage möglich. Der albatraumartige Scherbenhaufen blieb.

Aus der Traum

„Sparen, sparen, sparen“ aus der Ecke der ÖVP und ihrer Finanzministerin füllte die Medien lange. Im Brustton des Stolzes kündigte Maria Fekter ein Nulldefizit für 2015 an. „Shortly, without von delay“ will ihre Schutzpatronin den Reichen dienlich sein.

Die Angst, ein Prozent der Österreicher zu vergraulen

Schutzmantelmadonna Fekter findet nichts daran, dass zehn Prozent der Bevölkerung mehr als zwei Drittel des gesamten Geldvermögens in unserem Land besitzen. Prof. Dr. Bernhard Felderer vom Staatsschuldenausschuss teilt Fekters Befürchtung, die Reichen könnten sich unbehelligt ins Ausland vertrollen – den nicht so Reichen zieht der Staat ja bequemerweise haufenweise Geld vom Lohn ab. Warum also keine Ideen, wie der staatliche Zugriff auf Einkommen bei den Reichen genauso flugs erfolgen könnte?



Bild: © Petra Spioia

Michael Kerschbaumer
Stellvertretender
Vorsitzender der
Hauptgruppe 1

Geht nicht: Ohne alles durchzustarten

Inzwischen hat sich Fekters Sparmanie bereits an der Wirklichkeit zerrieben. Den Griechen alles zu nehmen (Einkommen, Pensionen, Gesundheitsversorgung, etc.) und gleichzeitig deren Durchstarten zu erwarten, ist wohl etwas naiv. Warum dieses Modell also nicht in Österreich ausprobieren, mag sich Fekter weiland gedacht haben. Wifo-Ökonom Stephan Schulmeister: „Der Fiskalpakt verschärft den kollektiven Sparzwang so, dass sich die Krise bis zur Depression vertiefen könnte.“ Es werde noch Millionen zusätzliche Arbeitslose geben. ÖGB und EGB haben längst die wachstumshemmende Wirkung des Fiskalpakts kritisiert und als Ausgleich einen Sozialpakt gefordert. „Nur Wachstum und Beschäftigung führen aus der Krise“, sagte ÖGB-Präsident Erich Foglar.

Kommunale Leistungen nach Effizienz und Wirkung

Martin Ruepp, Dornbirner Vizebürgermeister: „Das Ziel – ein ausgeglichenes Budget bis 2015 zu erreichen – ist ... auch ein Vehikel, alle Leistungen nach Effizienz und Wirkung zu durchforsten.“

„Der Fiskalpakt verschärft den kollektiven Sparzwang so, dass sich die Krise bis zur Depression vertiefen könnte.“

Wifo-Ökonom Stephan Schulmeister

Die Piratisierung der Politik – und die Folgen

Die Politik reagiert zu defensiv auf das Auftauchen von immer neuen Polit-Desperados. Und wir brauchen endlich ein klares Bekenntnis unserer Dienstgeberin zu dem, was wir tun.

Von **Norbert Pelzer**



Bild: © Petra Spiola

Norbert Pelzer
Vorsitzender der
Hauptgruppe 1

Sind Sie an Innenpolitik interessiert? Dann müssen Sie in den letzten Monaten als KonsumentIn der wahrscheinlich wichtigsten Informationssendung des ORF, der ZiB2, bei Live-Interviews der Verzweiflung nah gewesen sein. Nicht weil die Fragen der Journalisten so schlecht gewesen wären. Sondern weil die Antworten der Studiogäste schlicht unter jeder Kritik waren.

Der Auftritt des Möchtegern-Parteigründers Frank Stronach Anfang Juli etwa offenbarte: Hier glaubt jemand, dass ihm als Verdienst seiner unternehmerischen Leistungen als Magna-Gründer der Staat gehört – oder zumindest, dass er ihn sich kaufen kann. Wenige Tage darauf demonstrierte ein BZÖ-Mandatar namens Stefan Petzner, in seinem früheren Leben Sprecher des verunfallten Kärntner Landeshauptmanns Jörg Haider, mit einer Mischung aus Beleidigtsein und Überheblichkeit, was er von offener Kommunikation mit dem Bürger wirklich hält: rein gar nichts.

Das Bittere daran: Diese Leute werden sogar noch als Hoffnungsträger gesehen, weil der Frust über alle anderen offenbar noch größer ist. 23 Prozent, so eine Umfrage des „profil“ Mitte August, halten es zumindest für überlegenswert, ein Politprojekt unter der Schirmherrschaft von Stronach zu unterstützen.

Am Beispiel der neuen Piraten-Partei offenbart sich die grassierende Verzweiflung noch deutlicher. Würde derzeit gewählt, so sagen die meisten Institute, würden sie auf knapp 10 Prozent der Stimmen kommen, bei den jungen Wählern fast auf 15 Prozent. Ein Einzug in die Parlamente des Bundes und der Länder bei den nächsten Wahlen – wie auch in Deutschland schon vorexerziert – ist höchst wahrscheinlich.

Dabei haben die Piraten außer einem klaren Bekenntnis zur freien Nutzung des Internets kein wirkliches Programm; die Proponenten stellen sich sowohl in Deutschland als auch in Österreich oft als zerstrittener Haufen von Desperados dar, die ihren eigenen Polit-Frust kanalisieren wollen.

Image-Desaster. Und doch segeln Stronach, Piraten & Co. unter einem Wind, den ihnen die anderen entfacht haben: Dass im südlichsten Bundesland Jahre nach dem Tod von Jörg Haider diverse Unappetlichkeiten ans Licht kommen, war zwar erwartbar, ist aber in den Details doch immer wieder schockierend. Der Untersuchungs-Ausschuss im Parlament hat seit Jahresbeginn eine unfassbare Selbstbedienungsmentalität ans Tageslicht gebracht, die insbesondere in der Zeit der schwarz-blauen Regierung entstanden ist. An die Oberfläche ist ein dicht verwobener Filz an gierigen Managern, selbstherrlichen Lobbyisten und politischen Amtsträgern gekommen, die sich einspannen, wenn nicht sogar buchstäblich kaufen lassen.

Das Resultat ist verheerend und betrifft uns auch als Mitarbeiter im Öffentlichen Dienst: Unsere Dienstgeberin, die Politik, ist in der Defensive und lässt sich vor sich hertreiben. Das führt zu Panikreaktionen: Um wenigstens ein paar Sympathiepunkte zu sammeln, verordnet sie sich Nulllohnstunden – und scheidet dem Ganzen damit noch mehr. Denn die tenden-

„Auf Piratenschiffen gab es ziemlich wenig Romantik, aber ziemlich viel brutale Mehrklassengesellschaft.“



„Die Proponenten der Piraten-Parteien stellen sich sowohl in Deutschland als auch in Österreich oft als zerstrittener Haufen von Desperados dar, die ihren eigenen Polit-Frust kanalisieren wollen.“

Cartoon: © Alexander Kautz

zielle Herabwürdigung der eigenen Leistung erhöht auch den Druck auf uns: ‚Wenn sich die Politik eine Nulllohnrunde verordnet, dann muss die Verwaltung das auch tun‘, lautet die unausgesprochene Botschaft für die nächste Lohnrunde. Das ist nicht nur unfair, sondern auch ökonomisch dumm: Inzwischen ist selbst renommierten Wirtschaftsexperten klar, dass nur durch kräftige Lohnsteigerungen die Kaufkraft erhalten und damit die Binnennachfrage gestärkt werden kann – in Zeiten schwindender Aussichten für die Exportindustrie ein absolutes Muss.

Dazu kommt, dass mit dieser Vorgangsweise Politik und Öffentlicher Dienst zwangsläufig ein Nachwuchsproblem bekommen werden. Mehr Leidensdruck bei tendenziell weniger Geld? Kein vernünftig denkender Mensch tut sich das freiwillig an, die Talente werden anderswo andocken.

Populismus-Spirale. Und wenn man sich anhört, was den angeblichen Polit-Rettern zum Thema Verwaltung über die Lippen kommt, ist klar, dass der Populismus-Druck noch größer werden wird. Stronach wird schon jetzt nicht müde zu betonen, dass nur durch einen Abbau der Verwaltung eine erwünschte Verschlinkung des Staats statt finden kann. Die österreichischen Piraten haben eben eine „Taskforce Verwaltungsreform“ gegründet, um Möglichkeiten für die Transparenz- und Effizienzsteigerung zu diskutieren (siehe Kasten). Auch aus dieser Ecke ist wenig Hilfreiches zu erwarten.

Genau deshalb brauchen wir als Öffentlicher Dienst ein klares, öffentliches Bekenntnis der Politik. Welche Aufgaben wir scheinbar selbstverständlich →



Piraten-Taskforce

Noch gibt es im Parteiprogramm der österreichischen Piraten nichts Erhellendes über ihre Positionierung zum öffentlichen Dienst und zur Verwaltung. In der neu gegründeten „Taskforce Verwaltungsreform“ befasst sich die Neo-Partei aber mit:

- **Bezirks- und Gemeindegemeinschaften bis zu einer gewissen Mindestgröße nach dem möglichen Vorbild Dänemark**
- **der möglichen Abschaffung des Bundesrats**
- **Instrumenten, um die Behördenleistungen überprüf- und kritisierbar machen (Zitat im Piraten-Arbeitspapier: „... es sind ja unsere Angestellten“)**

Weitere Details unter:
<http://piratenpartei.at/politik/programm-und-inhalte>
<http://wiki.piratenpartei.at/wiki>



Bild: © wikipedia.org

erledigen, was der konkrete Nutzen für die Gesellschaft und für den Einzelnen ist, kann nicht oft genug erklärt und betont werden. Effizienz und Produktivitätssteigerungen sind das eine – ansetzen müssen wir aber, wie übrigens erfolgreiche Unternehmen aus der Privatwirtschaft das auch tun, noch immer beim Kunden: also beim Bürger.

Die Botschaft einer solchen Positiv-PR-Kampagne: Das Boot, in dem wir sitzen, ist ein Musterbeispiel an Solidität und Solidarität im Vergleich zu manchen Schinakeln, die auf den politischen Gewässern unterwegs sind. Und nebenbei könnte man noch eines klarstellen: Dass es, rein historisch betrachtet, auf Piratenschiffen ziemlich wenig Romantik, aber ziemlich viel brutale Mehrklassengesellschaft gegeben hat.

✉ norbert.pelzer@wien.gv.at

„Inzwischen ist selbst renommierten Wirtschaftsexperten klar, dass nur durch kräftige Lohnsteigerungen die Kaufkraft erhalten und damit die Binnennachfrage gestärkt werden kann.“

Meinung

Aus Politikverdrossenheit zu den Piraten

Nicht erst seit Johnny Depp und seinem „Fluch der Karibik“ gelten Piraten nicht nur als böse und gewalttätige Barbaren, sondern auch als kleine Robin Hoods der Armen. Piraten haben nämlich meist die Reichen überfallen, die ohnehin in der Missgunst der Bevölkerung standen.

Genau diesen Umstand machen sich nun Piratenparteien zu Nutze. Sie verleihen der Unzufriedenheit der Bürger mit der Politik eine Stimme. Sie müssen sich dabei auch (noch) nicht an vorhandene Parteirichtlinien und Strukturen halten, weil es diese meist noch gar nicht gibt.



Foto: © Walt Disney Company Ges.m.b.H

Piraten sind also weniger als Partei zu sehen – vielmehr treten sie gegen bestehende Parteien auf. Damit treffen sie genau den Nerv der Unzufriedenheit. Die Bevölkerung ist nicht nur über einzelne PolitikerInnen verärgert, sondern fühlt sich zunehmend von den Parteiapparaten nicht mehr ernst genommen.

Die Bevölkerung will nicht länger als unterschiedliche Zielgruppen, sondern endlich wieder als Menschen wahrgenommen werden – ein legitimer Anspruch an die Politik, oder?

✉ felix.steiner@wien.gv.at

Öffentlicher Dienst vor Personalknappheit



Mit der Gewerkschaft erarbeitete Perspektiven für den öffentlichen Dienst geben den Weg in die Zukunft vor. So manche Ideen hat die Stadt Wien längst umgesetzt.

Mehr Flexibilität und Mobilität, aber auch eine Steigerung der Attraktivität und die (sic!) Ergänzung des Personalstands der etablierten MitarbeiterInnen durch die Einbeziehung von Außenstehenden sind Eckpunkte künftiger Entwicklungen im öffentlichen Dienst, wie sie in den „Perspektiven für den öffentlichen Dienst“, herausgegeben von der Beamtinnenministerin, beschrieben sind. Sie wurden von sechs unabhängigen ExpertInnen entwickelt und in Arbeitsgruppen vertieft.

Wechsel zwischen Wirtschaft und Verwaltung

Zu wenige Nachbesetzungen und ein Aufnahmestopp über lange Zeit sind für die StudienautorInnen der Grund, dass die Alterspyramide aus dem Lot geraten ist und der öffentliche Dienst bald kaum mehr in der Lage sein wird, seine Aufgaben mit eigenem Personal zu erfüllen. Vorgeschlagen hat der Beirat eine interne Personalagentur, wie sie seitens der GdG bereits seit längerer Zeit gefordert wird. Führungskräfte sollen nach einem Integrationskonzept auch von außen kommen können. Erfolg verspricht man sich von universitären Ausbildungsangeboten für Verwaltungsbedienstete. Gefordert wird der flexible Wechsel zwischen den Gebietskörperschaften sowie zwischen Wirtschaft und Verwaltung, ohne dass das Instrument des Sondervertrages herangezogen wird (etwa „BeamtInnen auf Zeit“). Vordringlich scheint jedenfalls ein gemeinsames Dienstrecht für die österreichischen Gebietskörperschaften statt der gegenwärtig 36. Zum Vergleich: Ganz Bayern hat nur ein Regelwerk für alle öffentlich Bediensteten und dabei mehr als zwölf Millionen Einwohner.

„Der öffentliche Dienst ist ein Garant für die effiziente und bedarfsgerechte Produktion öffentlicher Güter und Leistungen.“

Beamtinnenministerin Gabriele Heinisch-Hosek



Bild © BKA/Astrid Knie

ÖVP will die Frauenförderung nicht

Frauen sollen verstärkt angeworben werden – für die Privatwirtschaft hat die ÖVP die Frauenförderung hingegen gerade ausgeschlossen: „Die Unternehmen sind mit privatem Geld aufgebaut worden, tragen das volle Risiko und müssen daher die Freiheit haben, sich ihr Personal auszusuchen.“ Frau mag darüber nachdenken.

Mehrsprachigkeit auf allen Ebenen, Verhandlungskompetenz und Versiertheit im Umgang mit anderen Verwaltungstraditionen und -kulturen werden von MitarbeiterInnen verlangt werden. Der Beirat empfiehlt höhere Einstiegsgehälter und individualisierte Karriereverläufe. An einem neuen Besoldungssystem mit höherem Gewicht auf der Abgeltung für die Erfüllung spezieller Aufgaben statt des Senioritätsprinzips – ohne Altersdiskriminierung – arbeitet die Gewerkschaft bereits seit längerem gemeinsam mit der Dienstgeberin.

Beamtinnenministerin Gabriele Heinisch-Hosek sieht den öffentlichen Dienst als beständigen Garant für die effiziente und bedarfsgerechte Produktion öffentlicher Güter und Leistungen, befürwortet die Förderung der MitarbeiterInnen im öffentlichen Dienst durch den Einsatz moderner Instrumente der Personalentwicklung und plant dienstrechtliche und organisationspezifische Begleitmaßnahmen.

✉ michael.kerschbaumer@wien.gv.at

Querraunzer



Österreich unter dem Rettungsschirm

4.000.000.000.000 Dollar haben die Banken 2008 weltweit vernichtet. Das Geld von arbeitenden Menschen, von Pensionisten – futsch und weg! Und was ist den Bankern passiert? In Österreich: gar nichts. Die Kommunalkredit wurde 2008 notverstaatlicht, andere Banken wie Erste, Volksbanken AG, Raiffeisen, BAWAG/PSK und Hypo Alpe Adria wurde mit insgesamt rund 5,9 Milliarden Euro Steuergeld „ausgeholfen“. Solidarität mit Banken? Ja, aber nur, wenn es Auflagen gibt, die das krankhafte Werten an den Börsen in Zukunft beenden und verhindern, dass die Banker wieder fette Boni kassieren, nachdem die Geldinstitute mit öffentlichen Mitteln aus dem Schlamassel saniert worden sind. Und wenn wir Banken helfen, dann bitte auch den arbeitslosen Jugendlichen in Europa. Liebe Leute, wir brauchen Solidarität, die auf Menschen abzielt – und nicht auf das Geld! Der Blick in die österreichische Geschichte zeigt, wie's aussieht, wenn die Solidarität als ein „gutes Geschäft“ verstanden wird: Vor nicht einmal 100 Jahren war Österreich komplett pleite. 1922 kam das Land unter einen Rettungsschirm, 880 Mio. Goldkronen kamen von den Völkerbund-Staaten und waren an harte Sparmaßnahmen geknüpft: Kündigung von rund 100.000 Staatsbeamten, Einschränkung des Arbeitslosengeldes, Senkung der Pensionen, Erhöhung der Schulgelder, Auflassung von Postämtern und Bezirksgerichten, Einschränkung der Arbeitslosenversicherung, der Krankenanstalten und Krankenkassen und vieles mehr.

Der erste Rettungsschirm hat nicht gereicht. Es folgte 1932 ein zweiter – 300 Millionen Schilling.



Bild: © wikipedia.org

Die Folgen waren Hunger und Elend, Bürgerkrieg, politischer Extremismus und das Zerschlagen der Ersten Republik. 1934 kam der Ständestaat, dann die Nazi-Diktatur und der Zweite Weltkrieg. Es hat sich gezeigt: Überzogene Sparzwänge gefährden die Demokratie.

Länder können sich aus Schulden nicht herausparen. Es braucht Maßnahmen, die unsere Wirtschaft ankurbeln – vor allem Investitionen in die Zukunft, in die Bildung und Forschung. Also: Net raunz'n, sondern a bisserl nachdenken – und solidarisch sein!

Wendelin

Krankenstand: Das müssen Sie beachten



Eines vorweg: Wer krank ist, ist krank. Sie sollten Ihre Gesundheit aber auch nicht leichtfertig gefährden. Ob Arbeitsunfähigkeit vorliegt, entscheidet alleine der behandelnde Arzt oder der Amtsarzt.



Bild: © Petra Spioia

Manfred Obermüller
Stellvertretender
Vorsitzender der
Hauptgruppe 1

ArbeitnehmerInnen sind verpflichtet, der Arbeitgeberin Krankenstände unverzüglich zu melden. Das ist in den meisten Fällen spätestens zu Arbeitsbeginn Anruf, E-Mail oder Fax an die DienststellenleiterInnen oder von ihnen beauftragte Personen.

Anschließend suchen Sie unverzüglich einen Arzt auf, um sich krankschreiben lassen. Die Dienstgeberin hat nämlich das Recht, von den ArbeitnehmerInnen eine Krankenstandsbestätigung zu verlangen.

Darin müssen

- Beginn,
- voraussichtliche Dauer und
- Ursache der Arbeitsverhinderung,

aber keinesfalls die Diagnose angeführt werden. Sollte eine Diagnose trotzdem bekannt geworden sein, dann unterliegt diese dem höchsten Datenschutz und darf nur mit Ihrer ausdrücklichen Zustimmung weitergegeben werden.

Die Dienstverhinderung ist unverzüglich zu melden; bei einem länger als drei aufeinanderfolgende Kalendertage dauernden Krankenstand ist spätestens am vierten Tag eine ärztliche Bestätigung der Krankmeldung vorzulegen. In einigen Dienststellen kann aber auch ab dem ersten Krankenstandstag eine ärztliche Krankmeldung verlangt werden. Wenn Sie den Melde- und Nachweispflichten nicht nachkommen, verlieren Sie für die unentschuldigte Zeit den Anspruch auf Lohn. Wenn es verlangt wird, sind Sie grundsätzlich verpflichtet, sich einer zumutbaren Krankenbehandlung zu unterziehen. Eine Weigerung zieht dienstrechtliche Konsequenzen nach sich.

Krankheit oder Unfall

Bei der Krankmeldung müssen Sie angeben, ob Sie an einer Krankheit leiden oder einen Unfall erlitten haben. Ist der Krankenstand ganz oder teilweise auf das Einwirken Dritter zurückzuführen (z. B. Krankenstand infolge eines Verkehrsunfalls mit Fremdschulden), müssen Sie das dem Magistrat auf dem Dienstweg an die MA 2 unverzüglich schriftlich

melden. Jeden Dienst- oder Arbeitsunfall müssen Sie unverzüglich den zuständigen Vorgesetzten oder den sonst dafür zuständigen Personen anzeigen.

Schlechte Beurteilung wegen Krankheit

Grundsätzlich sind für Beförderungen die Förderrichtlinien der MD-PR heranzuziehen (zumindest sehr gute Dienstleistung, drei Jahre beim Magistrat und geringe Krankenstände).

Bei einem unverschuldeten längeren Krankenstand (z. B. Unfall) kann dennoch jederzeit unter ausreichender Begründung eine Förderung beantragt werden. Dasselbe gilt für die MitarbeiterInnenbeurteilung, da ja die Leistung der Mitarbeiter nur während ihrer Anwesenheit beurteilt werden kann.

Allerdings kann eine hohe Anzahl einzelner Krankenstandstage wie „Montags- und Freitagskrankenstände“ sehr wohl negative Auswirkungen auf die Beurteilung haben. Falls Sie solche Krankenstände nachvollziehbar begründen können, sprechen Sie darüber mit Ihren Personalverantwortlichen bzw. Ihrer Personalvertretung.

Information für DienststellenleiterInnen und Personalverantwortliche

Die MA 1 hat alle einschlägigen Regelungen zusammengefasst:

<https://www.intern.magwien.gv.at/ma01/ks/index.html>

Nunmehr gilt es, Maßnahmen zu finden, die die große Anzahl an Krankenständen vermindert. Dafür sind wir verhandlungsbereit und haben bereits auch die eine oder andere diesbezügliche Überlegung angestellt. Arbeiten in dieser Stadt macht in der Regel sicherlich nicht krank. Oppositionelle Trittbrettfahrer vermitteln in unqualifizierten Aussagen, dass Arbeiten in dieser Stadt jedenfalls zu Krankheit führt.



Parkpickerl - Fluch oder Segen?

Für die betroffenen KollegInnen ganz sicher ein Fluch - SchulwartInnen verlangen Befreiung von der Parkgebühr bei Winterdienstverpflichtung.

Von der geplanten Ausweitung der Wiener Kurzparkzonen sind auch viele SchulwartInnen, die keine Dienstwohnung in ihrer Schule haben, massiv betroffen. Sie müssen „ihre“ öffentlichen Gehsteige vor 6 Uhr geräumt haben. Die Gewerkschaft verlangt die Befreiung von der Kurzparkgebühr für die Zeit der winterlichen Gehsteigbetreuung für die Bezirke, in denen SchulwartInnen ohne Dienstwohnung ihren Dienst versehen.

Umsteigen auf Öffis unmöglich

Der öffentliche Gehsteig muss um 6 Uhr morgens geräumt und bestreut sein. So steht es im Gesetz. Das bedeutet für viele KollegInnen, vor 4 Uhr aufzustehen, um rechtzeitig vor Ort zu sein. Für die Sicherheit auf den Gehsteigen rund um die Schulobjekte haften sie persönlich. Es bleibt also nichts übrig, als mit dem eigenen Auto zu fahren, um die Verpflichtungen gegenüber der Gesetzgeberin und der Dienstgeberin zu erfüllen. Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel ist illusorisch, weil sie zu dieser Zeit nicht fahren.

Die Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung stellt für viele Menschen eine große Belastung dar, wenn sie keine öffentlichen Verkehrsmittel benutzen können. Für manche Menschen mit außergewöhnlichen Arbeitszeiten wie bei vielen SchulwartInnen während des Winterdienstes bedeutet das ein Problem, mit dem sie bislang alleingelassen werden. Die Gewerkschaft verlangt daher für sie dringend Ausnahmen von der Pickerlverpflichtung. Es ist keinesfalls einsehbar, dass DienstnehmerInnen für die Gebühr der Parkpickerl als Voraussetzung zur Dienstleistung selbst aufkommen müssen.

✉ walter.krammer@wien.gv.at
✉ manfred.palezcek@wien.gv.at

Freizeit und Lernen gemeinsam am Campus

Gemeinsame Bildungseinrichtungen für Krippen-, Kindergarten- und Schulkinder boomen derzeit in Wien. Ständig werden neue Campus-Projekte verwirklicht. Eltern schätzen diese ganztägige Betreuungsform sehr, finden die Kinder doch hier den ganzen Tag über alles an einem Platz, samt Freunden und ihnen bekannten Betreuern.

Ich befürchte aber, dass die Selbstständigkeit der Kinder nicht ausreichend gefördert wird. Und in den Campusmodellen wäre doch die Möglichkeit, die Kinder am Nachmittag von FreizeitpädagogInnen betreuen zu lassen, wesentlich günstiger. Die Arbeit dort besteht nämlich zum

Großteil darin, die Kinder am Nachmittag zu managen, zu organisieren und zu den jeweils richtigen Nachmittagsstunden zu schicken. Und das kann eine FreizeitpädagogIn genauso gut übernehmen. Auch von personalpolitischer Seite her sehe ich den Campus nicht ganz unkritisch: In den Horten der Stadt Wien sind geprüfte Kindergarten- und HortpädagogInnen entsprechend dem Bildungsplan im Einsatz.

Diese Verbindung von Kindergarten und Schule an einem Standort begann mit dem Projekt Campus Monte Laa im Jahr 2009. 2010 ging der Campus am Nordbahnhof in Betrieb, heuer im Herbst wird der Campus Donauefeld-Nord eröffnet. Bis 2022 werden weitere elf solcher Einrichtungen gebaut.

Durch die Planung und Eröffnung weiterer Standorte wird sicher für die Zukunft an den Rahmenbedingungen für Personal und Kinder weitergearbeitet werden. Möglicherweise wird es dann ein nahezu perfektes Campusmodell geben können.

Diese jetzt „Campus“ genannten Schulformen, wo Lerneinheiten mit Freizeitangeboten wechseln, sind nichts Neues. In den 70er Jahren hatten sie nur einen anderen Namen – Heimschulen. Für die Kinder pädagogisch wertvoll ist z. B.: dass nicht nur die eigenen Gruppen und PädagogInnen gekannt werden, sondern alle Betreuer sowie das gesamte Gebäude. Ebenso entstehen Freundschaften kreuz und quer durch alle Altersgruppen, und der Übertritt in die Schule fällt ein bisschen leichter.



✉ ursula.brandner@wien.gv.at

Die letzten Rosen werden verblüht sein



Das Ausbildungszentrum für Jugendliche in Eggenburg steht vor dem Aus. Gewerkschafter und Personalvertreter Andreas Walter kämpft um geeignete Arbeitsplätze für die MitarbeiterInnen, wenn es 2013 so weit ist.

Eine Reportage von teamwork-Chefredakteur Richard Andraschko

Vielleicht werden sie den nächsten Frühling nicht mehr begrüßen können, die Rosen im Ausbildungszentrum der MAG ELF Lindenhof. Liebevoll waren sie einmal gleich hinter dem Eingang zum weitläufigen Grundstück in Eggenburg gepflanzt worden – ein herzliches Willkommen auf dem Weg zu den vielen jetzt frisch herausgeputzten Gebäuden. Wenn das Ausbildungszentrum nächstes Jahr wie geplant geschlossen wird, kümmert sich wohl niemand mehr um sie. Sie werden verwelken. Und eine Schar Jugendlicher aus bedrückenden Verhältnissen, die jetzt noch in eine bessere Zukunft begleitet werden, verliert ein weiteres Mal den Halt, den SozialpädagogInnen und Handwerksmeister ihnen hier bieten.

Die Burschen stammen aus tristen Familien, in denen die Faust schneller ist als die Stimme. Sie kommen aus einem Freundeskreis, in dem man sich zudröhnt, um das Leben draußen zu lassen. Gelernt haben sie nichts, das sie weiterbringen könnte: Schule abgebrochen, Lehre abgebrochen, Geld verdienen nie geschafft, Vorstrafen eingesammelt. Schönes Leben findet woanders statt.

Adrian, 16 (die Vornamen aller Genannten vom Autor geändert), ist alles, was er begonnen hat, zwischen den Fingern zerronnen.

Jetzt schaut sein Meister drauf, dass er seinen Job macht und, wenn's klappt, die Lehre mit der Gesellenprüfung abschließt. Fabian, 18, will Bäcker werden, Nico wäre gern einmal Maler, Ali Karosseriebautechniker und Christian Landschaftsgärtner. Zehn Berufe kann man zurzeit noch in Eggenburg erlernen. Wenn dieses Zentrum zusperrt, ist es vorbei damit.

Ihr Herzblut gibt die 28-jährige Sozialpädagogin Sabrina Witt den außerhalb von Eggenburg zukunftslosen jungen Burschen für die Chance auf ein bisschen Leben: „Viele Jugendliche kennen kaum gut zubereitetes Essen. Bei uns wird gemeinsam gekocht. Die Burschen lernen, Frust und Aggressionen im Zaum zu halten, rechtzeitig aufzustehen und in die Lehrwerkstätten zu gehen, sie bekommen Grundkenntnisse in Rechnen, Lesen und Schreiben.“ Sie und ihre KollegInnen haben unglaublich viel Beziehungsarbeit geleistet. Das, befürchtet sie, wird jetzt alles umsonst sein. Genauso wie all die neuen Ideen und Konzepte, die sie entwickelt haben.

Gerade haben alle miteinander eine schwierige Zeit hinter sich gebracht. Und jetzt, wo man daraus gelernt und die Gruppen verkleinert hat, schickt man zu wenige Jugendliche her, um den Betrieb wirtschaftlich führen zu können, schildert Wolfgang Herbst. Ausgerechnet jetzt, da Aufbruchsstimmung entstanden ist, kommt der tiefe Absturz. Regionalleiter Herbst wird es sein, der den Haustorschlüssel schließlich als Letzter umdrehen wird. In einem Jahr. Längstens.

Die Autos auf dem Parkplatz haben alle Horner Kennzeichen. Jeder fragt sich, ob er künftig stundenlang pendeln oder sich einen neuen Job suchen muss. Gewerkschafter Andreas Walter: „Kündigungen kommen keinesfalls infrage, und es darf auch keine Einkommensverluste geben.“ Illusionen verbreitet er nicht, fürs „G'schichterldrucken“ ist er nicht zu haben. Und rennt sich die Schuhsohlen ab, um aus dem Schlimmen, so gut es geht, das Beste zu machen. Was man ihm glauben darf, hat er doch in den letzten Jahren viel erreicht: kollegInnenfreundliche Regelungen bei der Einführung der Gleitzeit, Beibehaltung der Arbeitszeiten in der Küche, Erhalt des notwendigen Permanenzdienstes, Schaffung von Dienstposten beim pädagogischen Personal und Unterstützung bei der Entwicklung eines neuen pädagogischen Konzeptes.



Bild: © Richard Andraschko

Gewerkschafter Andreas Walter und Sozialpädagogin Sabrina Witt im Ausbildungszentrum Eggenburg.

20 Jahre Seiltechnik Wiener Berufsrettung

Aufsehenerregende Einsatzübung auf dem Donauturm gemeinsam mit der WEGA.

1 50 Meter Luft unter den Schuhsohlen, ein paar Meter Luft zur festen Wand und ein nur einen Zentimeter starkes Seil zwischen „oben“ und „unten“. Nichts für schwache Nerven war die Seilbergeübung der Wiener Berufsrettung gemeinsam mit der WEGA am Donauturm. Gezeigt wurde die Bergung eines Verletzten mit Helikopter und Trage von der Bungee-Jumping-Plattform. WEGA und Berufsrettung üben die herausfordernde Aufgabe acht Mal pro Jahr. G'spaßig, wie in Internetforen darüber diskutiert wird, ob die Seilbergung mehr als ein Freizeitspaß ist („derstandard online“ vom 19. Juni 2012). Die Seiltechnikgruppe wird immer wieder benötigt: um einen er-



Bild: © Wiener Berufsrettung

Das Team der Seiltechniker der Wiener Berufsrettung.



Bild: © Wiener Berufsrettung

Seiltechniker David Augeneder auf der Bungee-Jumping-Bühne des Donauturms vor dem Schritt ins Bodenlose.

krankten Kranführer aus luftiger Höhe zu retten, bei Unfällen auf Baustellen, Kletterunfällen oder dem Absturz einer Fensterputz- gondel, vor allem dann, wenn an Ort und Stelle medizinische Versorgung dringend notwendig ist. Jeder dieser Seiltechniker hat einen speziell adaptierten Rucksack mit allen notwendigen Gerätschaften, um gesichert zu einem Patienten zu gelangen, der mit herkömmlichen Mitteln nicht erreicht werden kann. Heute gehören 20 Kollegen der verschiedensten Dienstgruppen zum 1992 gegründeten Team. Sie kommen aus dem normalen Fahrdienst, müssen Notfallsanitäter mit der Notfallkompetenz NKI, höhentauglich, trittsicher und sportlich sein. Der Grund- lehrgang bei der WEGA dauert vier Tage, mehrmals jährlich werden die erlernten Fähigkeiten erweitert und perfektioniert. Acht Trainingseinheiten im Jahr sowie jede zweite Woche Knotenkunde-Training stehen auf dem Programm, um Knoten im Einsatzgeschehen auch richtig anwenden zu können. Seit Inkrafttreten des ArbeitnehmerInnenschutzgesetzes werden alle Seiltechniker in der „Höhenwerkstatt“ entsprechend ge- schult und mit den Techniken vertraut gemacht, die gesetzlich vorgeschrieben sind. Es folgen Aufbau- und Refresher-Kurse. Die „Höhenwerkstatt“ ist ein privates Unternehmen, das Höhenret- ter der Feuerwehren und Rettung, Industrielkletterer, Windkraft- monteure, Felsputzer, Kranbauer, Hochregalbetreuer und viele andere mit den notwendigen Kenntnissen ausstattet.

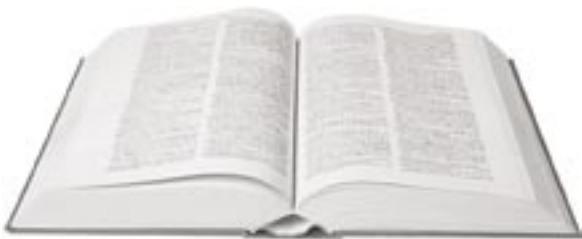
Büchereien lassen sich über Zukunft beraten

Organisationsentwicklungsprozess bei den Büchereien Wien: Personalvertretung hat Argusaugen, damit die KollegInnen davon profitieren.

Ende April 2012 wurde bei den Büchereien Wien ein Organisationsentwicklungsprozess gestartet. Die Vorbereitungsphase dieses Prozesses wurde von der Firma C/O/N/E/C/T/A begleitet, die bereits an ähnlichen Projekten im öffentlichen Dienst mitgearbeitet hat. Grundsätzlich begrüßt die Personalvertretung der Büchereien Wien dieses Projekt, da damit notwendige Schritte zur Sicherung der Zukunft und der Bewältigung der Aufgaben der Büchereien Wien in die Wege geleitet werden sollen. Allerdings ist ein wachsames Auge darauf zu richten, wie diese Ziele erreicht werden, damit auch unsere KollegInnen im positiven Sinne von diesem Vorhaben profitieren.

Die Ziele dieses Prozesses:

- Interne Verbesserungs- und Entwicklungspotenziale erheben,
- den Zielgruppen weiter ein zweckmäßiges und attraktives Leistungsangebot garantieren,
- die Stellung und Zukunft der Büchereien in Wien nachhaltig absichern.



Ein Projektvorbereitungsteam, bestehend aus der Abteilungsleitung der MA 13 und der Fachbereichsleitung Bildung/Pädagogik, der Leitung der Büchereien Wien, VertreterInnen aus Zweigstellen, Hauptbücherei und Zentrale sowie zwei Mitgliedern der Personalvertretung, erarbeitete die inhaltlich und organisatorisch notwendigen Schritte für den Start dieses Projekts.

In Interviews mit MitarbeiterInnen der Büchereien Wien wurden die grundsätzlichen Vorstellungen zu inhaltlichen Schwerpunkten für eine effektive Organisationsentwicklung erhoben. Die Interviewergebnisse wurden vom Projektvorbereitungsteam in Problemgruppen gegliedert, die dann als Grundlage für das eigentliche Projekt dienen. Es soll im Frühherbst 2012 unter Einbeziehung möglichst aller MitarbeiterInnen der Büchereien Wien starten.

✉ andreas.heidenreich@wien.gv.at



Ruhender Verkehr ist sicher nix Privates

Die Aufsicht über den ruhenden Verkehr in Wien wird ab Herbst von Gemeindebediensteten im Auftrag der Polizei wahrgenommen. Eine Auslagerung an ein privates Unternehmen ist damit definitiv vom Tisch.

Dreißig Grad Außentemperatur und strahlender Sonnenschein draußen, Kaffee und gespannte Aufmerksamkeit im Tiefparterre des Gewerkschaftshauses: 300 MitarbeiterInnen der städtischen Aufsicht für den ruhenden Verkehr hörten Anfang Juli, wie es für sie im Herbst weitergeht: Durch eine sogenannte „Abordnung“ bleiben sie MitarbeiterInnen der Stadt Wien, die Fachaufsicht hat die Polizei.

Notwendig ist dazu eine formale Erklärung inklusive der Möglichkeit, irgendwann auch wieder in eine städtische Fachabteilung zurückzukommen, wenn es einen geeigneten Dienstposten gibt, erläuterte dazu MA 67-Chef Dr. Ernst Wagner, und wenn alle drei Vertragsparteien (MitarbeiterIn, Stadt Wien, Polizei) nichts gegen erklärte gewichtige Gründe haben. Für Vertragsbedienstete gibt es keine wirklichen Alternativen zur Unterschrift für die Arbeit bei der Polizei bzw. zur Versetzung in eine andere Fachdienststelle mit passendem Dienstposten. Einige pragmatisierte KollegInnen werden im Strafreferat der MA 67 gebraucht. Die politische Entscheidung war längst gefallen, dass diese Aufgabe unter dem Polizeikappl erfolgen sollte, und die notwendige Gesetzesänderung ist auch schon über die Bühne. HG 1-Vorsitzender Norbert Pelzer: „Die Gewerkschaft hat sich in zahlreichen Verhandlungen nachdrücklich dafür stark gemacht, dass die Überwachung des ruhenden Verkehrs weiterhin Aufgabe von Gemeindebediensteten bleibt, sonst wären viele Jobs verlorengegangen. Und sie hat die ‚Abordnung‘ durchgesetzt, die für die MitarbeiterInnen in diesem Fall günstiger ist als eine ‚Zuweisung‘.“

✉ teamwork@andraschko.at

Neuer Kollektivvertrag beim Fonds Soziales Wien

Die Geschäftsführung des Fonds Soziales Wien und die GdG-KMSfB (Gewerkschaft der Gemeindebediensteten – Kunst, Medien, Sport, freie Berufe) haben die Erhöhung der kollektivvertraglichen Gehälter um 2,05 Prozent plus 26 Euro per 1. Juli 2012 vereinbart.

Gemeindebedienstete, die am 30. Juni 2004 bei der Magistratsabteilung 15 A – Soziales, Pflege und Betreuung beschäftigt waren, wurden mit 1. Juli 2004 dem Fonds Soziales Wien zugewiesen. Sie und seither neu aufgenommene MitarbeiterInnen wählen vierjährlich ihren Betriebsrat, das nächste Mal Anfang November 2012.

Betriebsratswahlen im November

Sascha Faderny, fraktionsvorsitzender Zentralbetriebsrat der FSG, will künftig als Betriebsratsvorsitzender die betriebsrätlichen Geschicke im Unternehmen FSU lenken: „Die KollegInnen brauchen eine Interessenvertretung, die mehr kann, als polemische Reden zu schwingen, wie es derzeit die KIV (Konsequente Interessenvertretung) tut.“ Anders als die KIV hat die FSG nämlich eine gute Gesprächsbasis zur Personal- und Geschäftsführung. Fadernys Stellvertreterin Renate Obadigbo: „Um das Beste für unsere KollegInnen erreichen zu können, braucht es einfach



Bild: © Richard Andraschko

FSW-BetriebsrätInnen Renate Obadigbo und Sascha Faderny.

ein gutes Gesprächsklima. Da wir von der FSG für Diskretion und Handschlagqualität stehen, bringen wir auch gute Ergebnisse für die MitarbeiterInnen.“ Einen Kuschkurs mit der Dienstgeberin fährt die FSG im Fonds Soziales Wien (FSG gemeinsam aktiv) trotz guter, konstruktiver Kommunikationsschiene mit den EntscheidungsträgerInnen jedoch nicht.

Die kompetenten VerhandlerInnen sind bei der FSG

Der seitens der GdG-KMSfB verhandelnde Kollektivvertragspezialist Richard Suchl ist ebenfalls von der FSG. Faderny dazu: „Die FSG hat einfach die ExpertInnen, die sich auf höchst fundiertes Fachwissen und langjährige Erfahrung stützen können. Auch wenn die KIV da und dort den Fuß in der Tür hat: Ihr Know-how kann sie sich meistens nur bei den Fachleuten der GdG-KMSfB abholen – und die ist nun mal mehrheitlich FSG.“ Das wissen die KollegInnen in der gesamten Stadtverwaltung und haben sich daher zu drei Viertel für die FSG entschieden.

Wenn's um etwas geht, dann geht man eben gleich zur FSG. Diese hat übrigens 2010 die Mehrheit bei den letzten Gewerkschaftswahlen im FSU zurückgewonnen. Warum also nicht demnächst auch bei den kommenden Betriebsratswahlen ...?

 teamwork@andraschko.at

E-Mail: fsw@fsg-hg1.at
sascha.faderny@fsw.at, Tel.: 01/4000-66652,
Fax: 01/4000-99-66652
renate.obadigbo@fsw.at, Tel.: 01/4000-66683
oder 0676/8118-66683
www.fsggemeinsamaktiv.info
www.facebook.com/FsgGemeinsamAktiv

Vorsorge schützte Kollegin vor einigen Sorgen

So schnell kann's gehen: Beim Versuch, ihr Haus und ihr ganzes Hab und Gut zu retten, zog sich Christine Becker von den Stadtgärten schwere Verbrennungen zu (siehe dazu Seite 36). Die Schmerzen lassen sich durch keine Versicherung vergessen machen. Wohl aber half es ihr, dass ihr nach zwei zweiwöchigen Krankenhausaufenthalten mit dem richtigen Basisschutz von der „Vorsorge“ in null Komma nix die Krankenhaus-Taggeldversicherung ausbezahlt wurde.

Die „Vorsorge der österreichischen Gemeindebediensteten“, die sie abgeschlossen hatte, ist eine Einrichtung der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten und der Wiener Städtischen Versicherung.

Als Gewerkschaftsmitglied hat man ebenfalls Anspruch auf Krankenhaus-Taggeld: Im Falle eines durch einen Unfall bedingten Spitalsaufenthaltes hat ein Mitglied ab dem 1. Tag der stationären Behandlung in einem Krankenhaus Anspruch auf 4,00 Euro pro Tag (maximal 308 Euro pro Jahr), sofern der Spitalsaufenthalt mindestens vier Tage beträgt.



www.vorsorge-gdg.at



ÖGB-Solidaritätsversicherung

www.fsg-hg1.at/wir-fuer-sie/mitglied-werden/oegb-solidaritaetsversicherung/



Stadtgärten wurden 150: Riesenfest im Stadtpark

Am 16. und 17. Juni feierten die Stadtgärten im Stadtpark mit einem Riesenfest für die ganze Familie ihren 150. Geburtstag. Zehntausende WienerInnen ließen sich dieses Spektakel nicht entgehen.

Mit einer großen Anzahl der Grün-SpezialistInnen präsentierten die Stadtgärten ihre zahlreichen Aufgabengebiete: von der Baumpflege mit Klettermöglichkeit für Kinder bis zu Pflanzenschutzberatungen, WasteWatcher, Kinderwerken, Eintopfen blühender Pflanzen, Stofftaschen bemalen, Riesenseifenblasen, Mikroskopieren, Infos über unsere Haustiere, Insektenhotels und eine Darstellung der letzten 150 Jahren mit kostümierten KollegInnen. Umrahmt wurde das Fest von Django Barrique, Dennis Jale, Martin Jank Quartet und anderen.

Stadträtin Mag.^a Uli Sima würdigte unsere erfolgreiche Arbeit für Wien, da ja über 50 Prozent der Stadtfläche Grünanlagen sind, viele davon gepflegt von den Wiener Stadtgärten.

 werner.krachler@wien.gv.at

Digitale Leistungsaufzeichnung, Rechte gewahrt

Es wird eine digitale Leistungsaufzeichnung, aber keine Kontrolle der KollegInnen über ein GPS-Ortungssystem geben, die Daten der KollegInnen bleiben geschützt, und es ist genau geregelt, wann und wo sie einfließen bzw. nicht weiter genutzt werden dürfen. Durch diese neue Betriebsvereinbarung hat die Personalvertretung erreicht, dass die Rechte der MitarbeiterInnen gewahrt bleiben, gleichzeitig aber unsere Abteilung zeitgemäß arbeiten kann.

Die Dienststellenleitung hatte die Personalvertretung um eine Betriebsvereinbarung über die Einführung einer digitalen Leistungsaufzeichnung ersucht. In Verhandlungen zwischen Vertretern der Hauptgruppe 1, dem Vorsitzenden des Dienststellenausschusses „Wiener Stadtgärten“ und dem Abteilungsleiter mit seinen Mitarbeitern wurden die Eckpunkte der Vereinbarung festgelegt.

 werner.krachler@wien.gv.at

Dienststellenausschussvorsitzende



„Wie a wüd's Wasser, des vom Berg abarinnt“ der Band „Die Seer“ ist eines der Lieblingslieder von **Renate Pahr**, Dienststellenausschussvorsitzende „Allgemeine Verwaltung“. Seer-Markenzeichen Sabine Holzinger ist wie Wasserfan Renate Pahr vom Sternzeichen „Zwilling“ mit Geburtstag nur einen Tag später. Die kraftvolle Musikerin Sabine hat tatsächlich eine Menge gemeinsam mit Renate, die genau den Punch ausstrahlt, den eine Personalvertreterin braucht. Sie mag das Meer mit seiner wuchtigen Brandung, Beethovens elegische Motive und Chopins Klaviersonaten. Renate Pahr, als Referatsleiterin der MA 62 zuständig für Meldeservice und Wähler evidenz im 16., 18. und 20. Bezirk, bewundert Menschen wie Rudolf Hundstorfer, der wie sie die Berufskarriere als Lehrling bei der Stadt Wien begonnen hat. Ungerechtigkeit macht sie grantig samt der Tatsache, dass es sich ein paar Großkopferte immer richten können, wie das täglich die Medien berichten. „Jeder Mensch muss eine Chance haben“, ist ihr Credo. Das immer drängender werdende Problem, dass immer weniger MitarbeiterInnen ständig neue Gesetze verwalten müssen, macht der engagierten Personalvertreterin Sorge angesichts Burn-out erzeugenden Drucks auf die KollegInnen. Wer, ausgebrannt, frühzeitig aus dem Berufsleben ausscheiden muss, steht am Pranger und verliert Geld in der Pension.



Aus Berufung ist **Andreas Walter**, Dienststellenausschussvorsitzender für die Sozialpädagogischen Regionen der MA 11 und zuständig für 830 KollegInnen, Sozialpädagoge geworden. Der Beruf ist herausfordernd, erzählt er: „Stigmatisierte, aggressive Jugendliche brauchen das Gefühl der Geborgenheit, damit ihnen die PädagogInnen beim Weg ins Leben helfen können.“ Der Personalvertreter und Gewerkschafter hat selbst einmal einen verhaltensauffälligen Jugendlichen in Pflege genommen - und verschweigt auch nicht die problematischen Konsequenzen dieser humanistischen Entscheidung. Andi Walter hängt sehr an seiner Familie mit vier Kindern. Die drei jüngeren, zwischen 12 und 19, leben noch bei ihm. Am tiefsten eingegraben hat sich in seinem Leben, dass er die Geburt aller vier persönlich erleben durfte. Die Sportlichkeit sieht man dem 44-Jährigen an: Zwei Mal wöchentlich trifft man ihn im Fitnesscenter. Auch Haustiere haben in seinem Leben einen hohen Stellenwert. Vom Tagesstress entflieht er gerne in Fantasyromane. Wiewohl das Thema für ihn noch lange nicht aktuell ist, bezweifelt Andreas Walter, dass die Anhebung des Pensionsantrittsalters im Gleichschritt mit steigender Lebenserwartung realistisch ist. Sehr viele Menschen fühlen sich mit 60 ausgelaugt und kraftlos, weiß er. Er steht für positive Grundhaltung und Respekt voreinander. Und lacht gern.



Gelernter Maler und Anstreicher ist **Heinz Altenburger**, Dienststellenausschussvorsitzender bei der Wiener Berufsfeuerwehr und Sprecher der österreichischen Berufsfeuerwehren. Er ist zu Recht stolz auf Erfolge wie Schaffung der neuen Feuerwehrscheule in der Hauptfeuerwache Floridsdorf und Änderung der Wochenarbeitszeit: „Von der europäischen Arbeitszeitrichtlinie sind wir noch kilometerweit entfernt“, muss er eingestehen. Er hat aber zur Kenntnis genommen, dass im öffentlichen Dienst die Mühlen oft langsamer mahlen. Feuerwehrmann zu sein ist sein Traumberuf, den er aber infolge seiner Tätigkeit als Dienststellenausschussvorsitzender für gegenwärtig 1.700 KollegInnen nur mehr bedingt ausüben kann. Bei „seinen Leuten“ ist Altenburger fast rund um die Uhr, hat Kontakt zu allen Kollegen und verbringt oft viele Stunden bei den Angehörigen, wenn Kollegen zu Schaden kommen oder auf einmal schwere Krankheiten drohen. „Ich bin für eine Nichtraunzerzone“ sagt Heinz Altenburger, der, statt zu Jammern, lieber Lösungen sucht. Er ist sehr sportlich: Ausdauernd laufen, Wandern, Bogenschießen und Klettern hat er in seinem Repertoire. Zu seinem kulturellen Bestand gehören u. a. James Brown, Santana und Michael Schottenbergs Volkstheater.

im Porträt



Geboren am 1. 1.: Ein gutes Vorzeichen ist das für Weitblick. Den bringt **Sascha Faderny**, Personalvertreter im Fonds Soziales Wien (FSW) mit. Der begeisterte Auto- und Motorradfahrer mag zwar diese Fortbewegungsmittel, steckt sein Geld im Zweifel aber lieber in seine heimelige Wohnung. Weil ihm strukturiertes Arbeiten wichtig ist, kommt ihm sein aktueller Aufgabenbereich bei der Mitgestaltung von Arbeitsabläufen sehr entgegen. Wenn man mit ihm plaudert, ist jedes zweite Wort Gewerkschaft, Betriebsrat und Personalvertreter, weil's ihm einfach ganz wichtig ist; und das wohl schon seit mehr als einem halben Jahrzehnt, nachdem er bei den Personalvertretungswahlen 2006 ein aktives Mandat erhielt. Und im Jahr 2010 hievt die KollegInnen Faderny gerne ganz schnell aufs FSG-Fraktionsvorsitzenden-Stockerl. Als Interessenvertreter der FSW-MitarbeiterInnen sieht sich der bärtige Faderny als respektvoller, kompetenter und sachlicher Vermittler mit Herz, der auch beim Dienst- und Besoldungsrecht der früheren Stadt-Wien-MitarbeiterInnen sattelfest ist. Das wissen seine künftigen WählerInnen bei den Betriebsratswahlen heuer im November, wie ihn auch die Vorgesetzten schätzen, die ihm Unterredungen auf Augenhöhe ermöglichen: Weil er sich erfolgreich bemüht, beide Seiten zu verstehen und konstruktive Lösungen zu entwickeln.



Immer schon wollte sie in einer Bibliothek arbeiten, erzählt **Dr.ⁱⁿ Regina Karner**, Leiterin der Modesammlung des WienMuseums und Dienststellenausschussvorsitzende „Kultur“. Besonders am Herz liegen ihr die AufseherInnen in den Museen, die eine sehr wichtige Funktion erfüllen, aber sich meist geringgeschätzt fühlen. Gerne denkt sie an „ganz tolle Lehrer“ in Deutsch, Ernährungswissenschaften und Geschichte zurück: „Mich interessiert das Leben der niederen sozialen Schichten früherer Zeiten.“ Deshalb entschied sie sich auch fürs Studium der Geschichte und Germanistik. Gerade ist Regina Karner dabei, die 22.600 Objekte der Modesammlung (vom 18. Jahrhundert bis heute) als elektronischen Katalog ins Web zu bringen. Vorbilder sind für sie die „stillen Helden“, die für Kranke, sozial Schwache und die Gemeinschaft eintreten. Mahatma Gandhi und Martin Luther King etwa haben sie geprägt. Gier, Machtmissbrauch, Skrupellosigkeit, Eifersucht und Vernadertum kann sie nicht leiden. Sorgen macht sich Karner wegen ungehemmter Globalisierung der Wirtschaft, Klimaveränderung und Artensterben. Ihre Lieblingssoper ist Fidelio – gegen politische Unterdrückung, und sie hört gern Tschairowsky oder Mozarts Klavierkonzerte. Und samstags kramt sie leidenschaftlich in Buchhandlungen. Dr. Karner lebt in einer Patchwork-Familie „mit vielen Nahtstellen und voll gegenseitigem Respekt“.



Alle Bilder: © Richard Andraschko

Ausgebildete Kindergartenpädagogin ist **Ursula Brandner**, Dienststellenausschussvorsitzende für die Kindertagesheime. Gerne erinnert sie sich an ihre eigene Kindheit in einer stabilen Familie, die sie den Kindern vieler Eltern wünschen würde. Als Personalvertreterin und Gewerkschafterin hat Brandner oft mit dem Kummer von KollegInnen zu tun, die von Eltern angepatzt und terrorisiert werden. Sie bemüht sich um Gerechtigkeit und gleiche Chancen für alle KollegInnen. Brandner selbst würde den Beruf nicht mehr ergreifen, „weil die Rahmenbedingungen nicht passen“. Als „lustig, lebensfroh, nicht angepasst“ beschreibt sich die reisefreudige (Berge, Meer) Gewerkschafterin und Personalvertreterin mit einem verschmitzten Lächeln. Freunderlwirtschaft, Ungerechtigkeit, Neid und Eifersucht gehen ihr gegen den Strich. „Bücher und Bikini“ würde sie auf eine einsame Insel mitnehmen. Krimis von Donna Leon, Henning Mankell oder Daniel Glattauer („Gut gegen Nordwind“, „Alle sieben Wellen“) gehören sicher dazu. Viel Zeit zum Nachdenken geben Ursula Brandner lange Spaziergänge mit ihrem Spaniel. Entspannung holt sie sich vor dem Hintergrund von Rock und Pop, sie lacht im Kabarett und genießt Sommertheater. Wichtig sind ihr echte Freundschaften, in denen man sich blind aufeinander verlassen kann.

Wer wurde was?



Bild: © PID/Schaub-Walzer

Dr. Thomas Haunold, bisher Leiter-Stellvertreter der MA 63, wurde Leiter der neuen Gruppe „Vergaberecht“ in der Magistratsdirektion.



Bild: © PID/Schaub-Walzer

Dipl.-Ing. Walter Krauss hat die Leitung der beiden Dienststellen für Stadtteilplanung und Flächenwidmung und organisiert jetzt deren Zusammenlegung.



Bild: © PID/Alexandra Kromus

Dr. Sigrid Pilz wurde nach **Hon. Prof. Dr. Konrad Brustbauer** neue Wiener Pflege-, Patientinnen- und Patientenärztin.



Bild: © PID/Schaub-Walzer

Diplom-Volkswirt Klemens Himpele wurde Leiter der Magistratsabteilung 23 – Wirtschaft, Arbeit und Statistik.



Bild: © PID/Christian Fürthner

Dr. Andrea Schnattinnger wurde als **Umweltanwältin** wiederbestellt. Die Funktion übt sie bereits seit 2002 aus.



Bild: © PID/Schaub-Walzer

Der ehemalige Spitzensportler im Fechten **Mag. Anatol Richter** wurde neuer Leiter des Sportamtes. Vorgängerin **DDr. Sandra Hofmann** ist Geschäftsführerin der Stadthalle geworden.

Menschenwürdige Arbeit für ein menschenwürdiges Leben



Welttag für menschenwürdige Arbeit am 7. Oktober.

Gute Arbeitsplätze und soziale Schutzmechanismen, nicht Sparmaßnahmen, schaffen das Fundament für nachhaltiges Wachstum, das für die Bekämpfung von Armut unerlässlich ist. Und es braucht ein Ende des weltweiten Wettlaufs nach immer schlechteren Lohn- und Sozialstandards. Der Welttag für menschenwürdige Arbeit findet auch heuer weltweit wieder am 7. Oktober statt. Die Notwendigkeit menschenwürdiger Arbeitsbedingungen, um ein menschenwürdiges Leben führen zu können, sei aufgrund der anhaltenden Weltwirtschaftskrise dringlicher als je zuvor, stellt Thomas Kattinig, Mitglied des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA), fest.

Wichtig wäre,

- die Bevölkerung, die Entscheidungsträger und die wichtigsten Institutionen in Bezug auf menschenwürdige Arbeit zu sensibilisieren;
- deutlich zu machen, dass menschenwürdige Arbeit den einzig nachhaltigen Weg aus der Armut darstellt und von grundlegender Bedeutung für Demokratie und sozialen Zusammenhalt ist;
- menschenwürdige Arbeit in den Mittelpunkt der Entwicklungs-, Wirtschafts-, Handels-, Finanz- und Sozialpolitik auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu rücken.

Fünf Organisationen – Internationaler Gewerkschaftsbund (IGB), Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB), Solidar, World Solidarity und das Global Progressive Forum arbeiten zusammen, um menschenwürdige Arbeit und menschenwürdiges Leben allen Menschen in der Welt zugänglich zu machen.

Regulierung der Finanzmärkte vordringlich

„Um Armut und prekäre Beschäftigung weltweit zu bekämpfen, ist es unerlässlich, dass wir neue Wege in der Finanzierung der Entwicklungshilfe gehen. Und es ist nötig, dass Arbeitsplätze geschaffen werden, von denen die Menschen unter fairen Arbeitsbedingungen leben können“, sagt Kattinig. Die Wirtschaftskrise habe die Lebensgrundlage und die Zukunft von Millionen Menschen vernichtet – von Menschen, die keinerlei Verantwortung für die jahrelangen Exzesse der Finanzmärkte tragen. Es sei dringend an der Zeit, dass die Finanzmärkte reguliert werden und ein radikaler Wechsel des Wirtschaftskurses erfolgt.

„Hubert-Pfoch-Hof“ in der Thaliastraße



Bild: © www.spoee.at

Der Gemeindebau in der Thaliastraße 164 wurde nach dem früheren Wohnbaustadtrat **Hubert Pfoch** benannt. Er gilt als politischer Vater des international anerkannten Erfolgsmodells der „sanften Stadterneuerung“, das mit der Gründung der ersten Gebietsbetreuung 1974 in Ottakring seinen Ausgangspunkt nahm.

Lebenslanges Lernen im öffentlichen Dienst



Um Arbeit effektiv leisten zu können, muss man die entsprechenden Fähigkeiten dafür besitzen. Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst sind hier keine Ausnahme, gleichgültig ob in der sozialen Arbeit, in der Verwaltung oder im Straßenbau.

Die Europäische Kommission hat als Teil der Strategie Europa 2020 das Dokument „Eine Agenda für neue Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten“ herausgegeben. Hier werden vier zentrale politische Prioritäten für das Ziel eines umfassenden Lebenslangen Lernens festgelegt.

- Verbesserung des Zugangs zum Lebenslangen Lernen
- Gezielte Ansätze für besonders gefährdete ArbeitnehmerInnen
- Einrichtung wirksamer Anreize und Regelungen für Kostenbeteiligungen
- Stärkere Einbindung der Interessenvertretungen des sozialen Dialogs

Bis 2020 wurde vom Rat für die Teilnahme am Lebenslangen Lernen auch eine Benchmark von 15 % gesetzt. Österreich hat im Gegensatz zu vielen anderen Ländern diese Marke bereits überschritten (Quelle Eurostat). Durch die Wirtschafts- und Finanzkrise sind diese Zahlen allerdings europaweit generell wieder rückläufig.

Welche Fähigkeiten gebraucht werden

Wie auch andere Teile der Wirtschaft steht der öffentliche Dienst vor einer Reihe von Herausforderungen, wie z. B. Veränderun-

gen in der Arbeitsorganisation, die Einführung neuer Technologien sowie die zunehmende Globalisierung und Liberalisierung. Die Aufgabe für die Gebietskörperschaften besteht darin, genau festzustellen, welche Fähigkeiten nötig sind, um diese und andere Herausforderungen meistern zu können.

In vielen Branchen ist diese Frage auf nationaler Ebene durch die Einrichtung von sogenannten Skill Councils geregelt worden. In den meisten Fällen arbeitet eine Reihe von Akteuren mit, wie z. B. Gewerkschaften, ArbeitgeberInnen, Bildungseinrichtungen und politische Entscheidungsträger. Sie analysieren die wahrscheinliche kontinuierliche Entwicklung von Beschäftigung und Qualifikationsbedarf, und sie erarbeiten, wie diese Bedürfnisse erfüllt werden können.

Kein Skill Council für den öffentlichen Dienst

Es ist derzeit unwahrscheinlich, dass der EU-Rat für den öffentlichen Dienst einen Skill Council einrichtet, da in den meisten Staaten auf nationaler Ebene keine eingerichtet sind. Daher ist hier der Sozialpartnerdialog auf nationaler und europäischer Ebene gefordert, Vereinbarungen über lebenslanges Lernen abzuschließen. Sicherlich ist Lebenslanges Lernen ein unverzichtbarer Teil des heutigen Arbeitslebens. Denn nur gut ausgebildete ArbeitnehmerInnen werden bestehen können.

 guenter.unger@wien.gv.at



EU-Agenda für neue Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten:

<http://goo.gl/xgmxj> *

Lebenslanges Lernen in Eurostat:

<http://goo.gl/X1Api> *

EU - Bildung und Weiterbildung:

<http://goo.gl/805gd> *

*Zum Abrufen der ungekürzten Adresse: <http://goo.gl/> und Kurzadresse eingeben

Getrennt und doch gemeinsam für die Kinder



Wer kennt sie nicht, die Geschichten rund um das Thema Scheidung, Trennung, Obsorge, Besuchsrecht und so weiter? Immer wieder werden Rosenkriege auf dem Rücken derer, die sich nicht von einem Elternteil trennen wollen, ausgetragen – den Kindern.

Meist will der eine Elternteil mehr Besuchskontakte, der andere am liebsten nur wenige bis gar keine. Der Elternteil, der die Trennung betrieben hat, will oft den seinerzeit heiß geliebten Partner am besten gar nicht mehr sehen. Bei gemeinsamen Kindern ist der Kontakt zwar schwierig, jedoch unerlässlich.

Eltern können nicht auseinandergehen

Als Paar kann man zwar auseinandergehen – als Elternteile des gemeinsamen Kindes hat man allerdings weiter miteinander zu tun. Diese beiden Ebenen – die Paarebene auf der einen Seite und die Elternebene auf der anderen Seite – werden immer wieder vermischt und führen oft zu groben Konflikten.

In den letzten Monaten wurde immer wieder über ein neues Familienrecht und die standardmäßige Einführung der gemeinsamen Obsorge nach einer Trennung diskutiert. Im Prinzip sollte es für Eltern selbstverständlich sein, auch nach dem Auseinandergehen als Paar noch immer gemeinsam als Eltern ihrer Kinder Verantwortung zu übernehmen. Gleichzeitig scheint die gemeinsame Obsorge nur schwer durchführbar zu sein, wenn die Wogen der Auseinandersetzungen zu hoch schlagen. Hier könnte die ebenfalls diskutierte „Abkühlphase“ unmittelbar nach der Trennung eine mögliche Strategie sein.

„Die gemeinsame Obsorge ist ein Bekenntnis beider Eltern, auch nach der Trennung voll und ganz für ihre Kinder da sein zu wollen.“

Mama und Papa lieb haben dürfen

Wichtig wäre es jedenfalls für Eltern, nicht die eigenen, sondern die Bedürfnisse der Kinder in den Mittelpunkt zu rücken. Diese möchten in den allermeisten Fällen auch nach der für sie unerwünschten Trennung der Eltern weiterhin Mama und Papa lieb haben dürfen, ohne dass sie damit einen Elternteil verärgern oder gar verletzen. Dazu gehören natürlich auch regelmäßige, verlässliche Besuchskontakte, die von den Eltern unterstützt und gefördert werden.

Und dies gilt unabhängig von einer gemeinsamen Obsorge auch im Falle einer alleinigen Obsorge.

Die gemeinsame Obsorge ist vielmehr ein Bekenntnis beider Eltern, auch nach der Trennung voll und ganz für ihre Kinder da sein zu wollen. Sie signalisiert einen respektvollen Umgang mit dem Ex-Partner bzw. der Ex-Partnerin. Kooperation zwischen den Eltern und nicht Abgrenzung und Ausschluss eines Elternteils sind das Resultat.

Die Lieblingsspielsachen im Rucksack mitnehmen

Bei der Frage des Lebensmittelpunkts der Kinder ist zu berücksichtigen, dass im Falle einer Trennung der Eltern so viele Parameter wie möglich für die Kinder aufrechterhalten werden sollten. Das heißt, dass es hilfreich für Kinder ist, ihr soziales Umfeld weiterhin nutzen zu können. Dazu gehören Kindergarten, Schule, Freunde, aber natürlich ist es auch dienlich, im vertrauten Umfeld des bisherigen Zuhauses bleiben zu können.

Doch auch in der Wohnung des ausgezogenen Elternteils sollen Kinder ihren Platz haben. Am besten sollten sie ihn so mitgestalten, dass sie sich auch jedes Mal darauf freuen können, dort zu sein. Lieblingsspielsachen, die ihnen gerade jetzt sehr wichtig sind, werden dann einfach immer wieder im Rucksack mitgenommen. Kinder sollen sich nicht nur als Besucher, sondern einfach wohlfühlen dürfen.

Eltern haben am Wohlbefinden ihrer Kinder immer großen Anteil: während einer aufrechten Beziehung, aber auch – oder erst recht – nach einer Trennung.

Überleben ist die bessere Variante

Das Sanatorium Hera bietet neue Methode der Arterienelastizitätsmessung.

In den letzten Jahren wurde es zunehmend möglich, die Arterienelastizität nicht-invasiv und einfach zu bestimmen. Gefahren wie Schlaganfall und Herzinfarkt lassen sich daher bereits frühzeitig erkennen. Versicherte der KFA und der Wiener Gebietskrankenkasse können diese erweiterte Vorsorgeuntersuchung kostenlos in Anspruch nehmen, wenn ein erhöhtes Risiko besteht.

Die Zunahme der psychischen Erkrankungen treibt immer mehr Menschen in den Krankenstand und schlimmstenfalls in die Invaliditätspension – samt allen finanziellen und sozialen Problemen, die sich daraus ergeben. Daher hat die KFA im Rahmen der Gesundheitsuntersuchung ein „Psychosoziales Screening“ entwickelt. Es genügt, einen Fragebogen über den persönlichen Lebensstil auszufüllen, aus dem sich auf gesundheitliche und psychische Risikofaktoren, Stress und Burn-out sowie Angst und Depression schließen lässt. Bei auffälligen Ergebnissen steht das Team aus ÄrztInnen, PsychologInnen, Sozial- und ErnährungsberaterInnen des Gesundheits- und Vorsorgezentrums der KFA für erste Schritte zur Verfügung. Außerdem wurde ein entsprechendes problem-spezifisches Weiterzuweisungssystem nach dem Angebot des Sofortcoachings entwickelt. Bei der KFA erwartet man, dass dieses Angebot vor allem für Frauen mit Angst und Depressionssymptomatik einen Zugang zu psychologisch/psychotherapeutischer Behandlung ermöglichen kann.

Um die Kinder kümmern sich Flying-Nannies

KFA und GdG-KMSfB haben das Pilotprojekt „Zum Gesundheitscheck mit Kind im Gepäck“ ins Leben gerufen. Jeden letzten Donnerstag im Monat können Eltern (Zielgruppe sind vor allem alleinerziehende Mütter) Kinderbetreuung für die Zeit ihrer Gesundheitsuntersuchung nutzen.

Prim. Priv.-Doz. Dr. Robert Winker

Gesundheits- und Vorsorgezentrum
9., Löblichgasse 14, 3. Stock, Montag, Dienstag, Mittwoch 7:15 bis 15 Uhr, Donnerstag 7:15 bis 19 Uhr, Freitag 7:15 bis 14 Uhr. Anmeldung: Montag bis Freitag 9 bis 13 Uhr, Tel.: 01/313 50-45888

Flying Nannies

Jeden letzten Donnerstag im Monat jeweils 13 bis 19 Uhr. Bei Anmeldung unbedingt Anzahl und Alter der Kinder nennen)

Die „Goldene Palme“ des Etikettenschwindels

Alljährlich wird von der unabhängigen Verbraucherorganisation foodwatch der „Goldene Windbeutel“ für die dreisteste Werbelüge vergeben.

Der „Goldene Windbeutel 2012“ geht heuer an die Firma HiPP. Sie bewirbt ihren Instant-Früchtetee in verschiedenen Geschmacksrichtungen als „Durstlöscher für Babys, Klein- und Schulkinder“. Aufgelöst in 200 Milliliter konsumieren Klein-Max & Co mit zufriedenen Lächeln 7,6 Gramm Zucker – umgerechnet ca. 2 ½ Stück Würfelzucker.

Selbst „alkoholfrei“ ist nicht immer alkoholfrei, wie uns „Radeberger“ lehrt. Mit seinem alkoholfreien „Clausthaler Classic“ schrammt es mit 0,45 Vol.-% Alkohol tatsächlich an der Alkoholfreiheit vorbei. Wir notieren: frei heißt nicht frei, nach dem Motto: „Ein biss'l was geht immer ...“

Auch „Teekanne“ greift tief in die Werbetrickkiste: Früchtetee „Landlust Mirabelle & Birne“ macht uns mit einer goldgelben Mirabelle und einer Birne auf dem Etikett Gusto auf naturbelassenen Tee. Genauer untersucht ist das Produkt ein billiger Industrie-Früchtetee aus Apfel, Hibiskus und Hagebutte mit nicht näher definiertem Aroma für den angepriesenen Mirabellengeschmack. Ursprünglichkeit und Naturbelassenheit wie aus dem eigenen Garten gibt es offenbar nur in der Werbung ...

Ein weiterer Kandidat ist der „Saint Albray Klosterkäse“ von „Bongrain“, der stolz seine essbare Käserinde bewirbt. Schade nur, dass diese Natamycin enthält, ein Antipilzmittel, das in der Medizin erfolgreich eingesetzt wird. Während der Käserreifung schützt Natamycin vor Schimmel und ist laut Risikobewertung keinesfalls für den Verzehr gedacht! Ein kleines Detail, das „Bongrain“ offenbar übersehen hat ...

Unilever ist mit der Diätmargarine Becel pro.activ schon länger im Visier der Verbraucherorganisationen. Die Streichmargarine enthält hochkonzentrierte Pflanzensterine, die den Cholesterinspiegel senken können. Dennoch ist genau dieser Wirkstoff unter Experten höchst umstritten.

✉ larissa.gruenwald@sob-klbg.at



Der Goldene Windbeutel für Etikettenschwindel von Foodwatch (www.abgespeist.de).

GdG-KMSfB- „GesundheitslotsInnen“

Seit 2008 sind in drei Dienststellen jeweils zehn bis zwölf ehrenamtliche GesundheitslotsInnen aktiv. Ihre Anzahl ist derzeit noch gering, obwohl diese InteressenvertreterInnen dringend gebraucht würden.



Aufgrund ihrer MultiplikatorInnenfunktion wäre es wichtig, GesundheitslotsInnen flächendeckend in allen Dienststellen zu etablieren, damit gemeinsame und nachhaltige Maßnahmen zur Steigerung des Wohlbefindens am Arbeitsplatz entwickelt werden können.

Die Arbeitswelt hat sich in den letzten Jahrzehnten stark gewandelt. Während Technisierung und Automation zwar den Arbeitsalltag erleichtern, nehmen psychische und soziale Belastungen drastisch zu. Leistungsdruck, enge Zeitvorgaben, geringe Wertschätzung, Angst um den Arbeitsplatz usw. sind typische Stressauslöser dieser Zeit. Auch der demografische Wandel mit seinen Auswirkungen stellt neue Herausforderungen an den Arbeitsmarkt, und der Faktor Gesundheit erlangt im Arbeitsleben immer größere Bedeutung. Engagierte Menschen würden also gebraucht, die sich als direkte AnsprechpartnerInnen und Vertrauenspersonen für ihre KollegInnen bei deren gesundheitlichen Anliegen sehen und hierbei eine Vermittler- und Verteilerfunktion zu den Führungskräften, den Präventivdiensten (Arbeitsmedizin, Sicherheitsfachkraft, Arbeitspsychologie), zur Personalvertretung, zum Betriebsrat oder zur GdG-KMSfB wahrnehmen.

„Der demografische Wandel mit seinen Auswirkungen stellt neue Herausforderungen an den Arbeitsmarkt, und der Faktor Gesundheit erlangt im Arbeitsleben immer größere Bedeutung.“

MA 10, MA 34 und FSW als Vorreiter

Schon seit 2008 haben Wiener Kindergärten, Fonds Soziales Wien sowie Bau- und Gebäudemanagement, von der GdG-KMSfB initiiert und finanziert, Betriebsvereinbarungen für den Einsatz von GesundheitslotsInnen abgeschlossen. Ziel war es, ehrenamtliche MultiplikatorInnen für den Bereich Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz auszubilden und zu etablieren. Sie wurden in einzelnen Modulen, die sowohl in der Dienstzeit als auch in der Freizeit stattgefunden haben, für verschiedene Gesundheitsthemen sensibilisiert und geschult (Ergonomie, Stressprävention, Konfliktmanagement, altersgerechtes Arbeiten, Teamfähigkeit usw.), um die erworbenen Erkenntnisse weiterzugeben. GesundheitslotsInnen haben laut Betriebsvereinbarung Zugang zu den Analysen der Sicherheits- und Gesundheitsschutzdokumente, der Messergebnisse (Lärm, gefährliche Arbeitsstoffe usw.), Analysen über Arbeits- und Beinaheunfälle, Berufserkrankungen und berufsbedingte Erkrankungen. Sie unterstützen die ExpertInnen (ArbeitsmedizinerInnen), konkrete Maßnahmen zur Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz zu setzen. An ihren Dienststellen initiieren sie unter anderem zahlreiche Workshops, die sowohl in der Arbeitszeit als auch in der Freizeit durchgeführt werden. Die Finanzierung dieser Module, wie beispielsweise „Stressprävention“, „Richtige Pausengestaltung am Arbeitsplatz“ oder „Gesunde Ernährung am Arbeitsplatz“ übernimmt die DienstgeberIn. Eine der wichtigsten Aufgaben der GesundheitslotsInnen besteht jedoch darin, das Gesundheitsbewusstsein der KollegInnen zu stärken. Erfolg bei der gemeinsamen Umsetzung von Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz kann es nur dann geben, wenn sich alle angesprochen fühlen und für sich und ihre persönliche Gesundheit Verantwortung übernehmen. Das Umfeld Betrieb sollte hierbei durch gesundheitsfördernde Rahmenbedingungen unterstützen.

Mag. Sonia Spiess
Bundesreferentin der GdG-KMSfB für Gesundheit,
Humanisierung und Menschen mit Behinderung

Zuverdienstgrenze beim Kinderbetreuungsgeld

Was ist alles beim Kinderbetreuungsgeld zu beachten? Werdende Mütter und Väter haben es wirklich nicht einfach. Welche Variante ist die beste für Familien, welche Fristen sind einzuhalten? Bei welcher Stelle muss was beantragt werden? – und vieles mehr. Hinzu kommt, dass es auch noch Zuverdienstgrenzen gibt: Bei den Pauschalvarianten 16.200 Euro und bei der einkommensabhängigen Variante 6.100 Euro pro Jahr. Bezugsberechtigt sind Mütter und Väter ab Ende des Beschäftigungsverbotes nach der Geburt. Besteht noch Anspruch auf Urlaub vor Antritt der Elternkarenz, zählt dieser voll auf die Zuverdienstgrenze. Die auszahlende Stelle, die Wiener Gebietskrankenkassa (WGKK), gibt im Vorhinein keinerlei Auskünfte, ob ein Übergenuss beim Kinderbetreuungsgeld besteht, jedoch bei der Rückforderung weiß sie sehr wohl, wie die Berechnung zu erfolgen hat.

Bisher musste ein Betrag von rund 10,7 Millionen Euro Kindergeld und Kindergeldzuschuss von Eltern zurückgezahlt werden, weil die Zuverdienstgrenze überschritten wurde.

 regina.mueller@wien.gv.at

Für Gewerkschaftsmitglieder: Beratungsgespräche der HG 1-Frauen

- Regina Müller, regina.mueller@wien.gv.at
Tel.: 0676/8118-592 43
- GdG-KMSfB Frauenabteilung
frauen@gdg-kmsfb.at, Tel.: 01/31316-836 70



Sprache macht sichtbar

Als Reaktion auf geschlechtergerechte Sprache wird oftmals der Satz vernommen: „Als ob wir keine anderen Sorgen hätten!“ Natürlich haben wir auch andere Sorgen: Schließen der Einkommensschere, faire Aufteilung der unbezahlten Arbeit; Vor- und auch Nachteile von Teilzeit (vor allem in Bezug auf die Pension) und vieles mehr. Trotzdem ist Sprache eines unserer wichtigsten Kommunikationsmittel und sollte keinesfalls für „Jeder-Frau-Mann“ diskriminierend sein.

Sprache kann verärgern, provozieren, aber auch verändern. Veränderte Gesellschaftsformen sollen durch geschlechterneutrale Sprache dargestellt werden. In einer Arbeitswelt, in der es viele Berufsgruppen gibt, in denen oft überwiegend Kolleginnen arbeiten, sollen diese auch durch Sprache bemerkbar gemacht werden.

Die Stadt Wien ist seit Jahren bestrebt, alle ihre MitarbeiterInnen gleichermaßen abzubilden. Es ist nicht schlüssig erklärbar, wenn in Aussendungen, Einleitungen etc. für die „bessere Lesbarkeit“ ausschließlich die männliche Form genommen wird. Über Sprache werden Machtverhältnisse ausgedrückt. Eine geschlechterneutrale Sprache dient zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern.

 regina.mueller@wien.gv.at

Frauenvorkämpferin Margarete Mitscherlich gestorben



Bild: © dpa

Die Grande Dame der Psychoanalyse Margarete Mitscherlich-Nielsen, Autorin der Schrift „Über die Unfähigkeit zu trauern“ und damit Sprecherin eines deutschen Gewissens, ist im Juni knapp vor Erreichen des 95. Lebensjahres verstorben. Sie schrieb das Buch „Eine unbeugsame Frau“ und formulierte: „Ich habe immer vertreten, dass Frauen sich nicht nur gegen Männer, sondern auch gegen sich selbst durchsetzen müssen.“ In „Die friedfertige Frau“ schilderte sie, dass Frauen nicht von Natur aus weniger aggressiv sind, sondern ihr vermeintlich ausgleichendes Wesen nur erlernt haben.

„Mit Kritik umzugehen lernen“

Wie das Seminarprogramm für Lehrlinge umgestaltet wird, erzählt Christian Schendlinger, Leiter des Lehrlingsmanagements, im Interview.



Bild: © Media Wien

Das Seminarprogramm für Lehrlinge wird straffer. Was ist neu?

Schendlinger: Der Bereich „Work-Life-Balance“. Gerade bei den Jugendlichen ist das Zusammenspiel „Beruf und Freizeit“ ein wichtiges Thema. Jugendliche blenden gerne aus, dass für ihre Erschöpfungszustände Schlafmangel oder private Aktivitäten die Ursache sein können. Wir vermitteln auch den angemessenen Umgang mit Konflikten. Wir sehen, dass viele Lehrlinge durch Facebook, SMS, E-Mail etc. die direkte persönliche Kommunikation verlernen. Wenn

ihnen eine Person gegenübertritt, die Kritik äußert, dann sind sie rasch völlig überfordert. Durch gezielte Seminare wollen wir sie auf solche Situationen vorbereiten.

Was ist in den Dienststellen neu?

Schendlinger: Die neuen AusbildungskoordinatorInnen, rund 150 Personen. Sie managen die Lehrlingsausbildung vor Ort und entwickeln die Inhalte mit uns gemeinsam weiter, die an die 700 Lehrlinge vermittelt werden.

✉ karin.zauner@wien.gv.at

Gewerkschaftsarbeit auch am Wochenende

Bei ihrer Arbeitstagung am letzten Augustwochenende im Seminarhotel Hirschwang hat die HG 1-Jugend Beschwerden, Anregungen und Probleme ihrer jungen KollegInnen in Anträge gefasst: Zulage für das erste Lehrjahr sowie die Freistellung an Weihnachten und Silvester u.v.m. Sie werden auf der kommenden Bundes- und Landeskonferenz diskutiert und beschlossen.

JugendfunktionärInnen: Erfahrung statt Geld

Für die meisten Lehrlinge sind gewählte und kooptierte JugendfunktionärInnen erste Anlaufstelle.

JugendfunktionärIn kann man über die Abstimmung des Jugendausschusses (Kooptation) und über die direkte Wahl, die zweijährlich in den Berufsschulen stattfindet, werden. Wahlberechtigt sind alle Lehrlinge der Stadt Wien, die nicht älter als 23 Jahre sind. Auch die KandidatInnen dürfen das Höchstalter von 21 Jahren nicht überschreiten.

Hilfsbereit und spontan sollte man sein, und altruistisch, denn Geld gibt's dafür keines; dafür Erfahrung in den Bereichen „Teamfähigkeit“ und „Planung“.

✉ christopher.kleinlein@wien.gv.at

Jugendliche haben Angst vor der Zukunft

Wir haben unser Vertrauen in die Politik verloren und fühlen uns im Stich gelassen. Wir Jungen müssen für uns selbst sorgen, uns hilft heute keiner mehr“ sagte jeder Zweite bei der aktuellen Jugendwertestudie. Die Jugendlichen fühlen sich „gewaltig unter Druck, sei es in der Schule, Arbeit oder Ausbildung.“ Hauptproblem sei die finanzielle Lage jedes Einzelnen, da viele SchülerInnen und StudentInnen nebenbei jobben müssen. Dazu kommen die Lehrstellenknappheit und die Angst, keine Arbeit zu finden. Sorge bereitet den jungen Menschen auch das Thema

„Pension“: Wenn es heute schon massive Probleme gebe, sei es schwer, Besserung zu erwarten. Die Jugend von heute möchte auch in die aktuellen Geschehnisse einbezogen werden und sucht die Diskussion. Die GdG-KMSfB-Jugend fordert die Politik auf, diesen Defiziten entgegenzuwirken. Die Jugendwertestudie wird jährlich vom Institut für Jugendkulturforchung erstellt. Dabei werden 1.500 Jugendliche im Alter von 14 bis 29 Jahren befragt.

✉ nicole.tuschak@wien.gv.at
✉ patricia.katsulis@wien.gv.at



Gleichbehandlungs- vernetzungsforum

Bei einem Treffen des Antidiskriminierungs- und Gleichbehandlungsvernetzungsforums kündigte Angela Schwarz von der Wiener Antidiskriminierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen die Prüfung an, wo genau im Magistrat bei Bediensteten Verbesserungen möglich sind (z. B. selbst gewählter Vorname für Transgender-Personen usw.). Jana Schultheiß (Bund demokratischer Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, Arbeitsschwerpunkte Frauen-, Familien- und Arbeitsmarktpolitik) informierte über die für Herbst geplante Tagung „Gender Mainstreaming wirkt?!“. Zum Thema „Integration/Inklusion von Menschen mit Behinderung bei der Stadt Wien: Wo stehen wir und wo sollten wir stehen“ wurde berichtet, dass es auch bei der Stadt Wien viele Vorurteile und Berührungsängste gegenüber Menschen mit Behinderung gibt. Auch das Thema „SOAK-Bedienstete (Probezeiten, Chancengleichheit, sozialarbeiterische Betreuung etc.) kam zur Sprache. DIⁱⁿ Shams Asadi berichtete über den neuen Menschenrechtsbeistand bei der Volksanwaltschaft. Dr.ⁱⁿ Marion Gebhart, Sozialkommission der Bezirksvertretung Leopoldstadt, stellte die Watchgroup gegen sexistische Werbung vor.

www.behindertenvertretungstadtwn.com
www.behindertemenschen.at
www.berliner-behindertenzeitung.de
www.bdwi.de
www.werbewatchgroup-wien.at

Sachwalterschaft nicht menschenrechtskonform

Die Sachwalterschaft (Bestimmung des Willens durch eine andere Person) ist in Österreich durch das Sachwaltergesetz geregelt. Der unabhängige Monitoringausschuss kämpft für die Mündigkeit von Menschen mit Behinderung, die klar denken können und teilweise lediglich Hilfe benötigen, um ihre Gedanken zu äußern. Mehr als 170 Personen (Selbstvertreter) haben das Thema bei der Sitzung des Monitoringausschusses in Graz diskutiert und mögliche Alternativen aufgezeigt. Insbesondere das kanadische Modell der unterstützenden Entscheidungsfindung wurde diskutiert.

www.monitoringausschuss.at

Infotag für Behinderten- vertrauenspersonen

Beim 4. Informationstag für Behindertenvertrauenspersonen würdigten Sozialminister Rudolf Hundstorfer und Hofrat Mario Jursitzky vom Bundessozialamt die Wichtigkeit der Behindertenvertretung als Bindeglied zwischen Unternehmensleitung und Betriebsrat bzw. Personalvertretung. Jursitzky würdigte auch die Pioniertätigkeit und das Engagement von Klaus-Willi Benesch und Gerhard-Norbert Ludwig in diesem Bereich. Willibald Cernko, Vorstandsvorsitzender der UniCredit Bank Austria, erinnerte an den hohen Einsatz der Bank Austria etwa für barrierefreie Zugänge zu den Filialen, für die Bedien- und Erreichbarkeit der Geldausgabeautomaten usw. Behindertenspezialist MR Dr. Wolfgang Fürthaler zeigte das Problem rückwirkender Bestätigung des Grades der Behinderung sowie die Änderungen der Richtsatzverordnung (Feststellung des Grades der Behinderung) auf. RR Franz Nagl von der Österreichischen Finanzverwaltung, Fachbereich Lohnsteuer, sprach über die Steuerabschreibemöglichkeiten. Herbert Oth berichtete über seinen persönlichen Weg aus dem Burn-out durch aktive Arbeit an sich selbst.

 gerda.stubenbauer-schehswendter@wien.gv.at

Aus der Behindertenvertretung

- Kollegin I. hatte einen Feststellungsbescheid mit einem Grad der Behinderung von 20 v. H. Im Berufungsweg haben wir die richtige Einschätzung mit 50 v. H. durchgesetzt.
- Kollege P. erbrachte regelmäßige Nachtdienste mit bewilligter Schlaferlaubnis. Im Zuge des Pensionsverfahrens konnten wir durchsetzen, dass alle Zeiten zur Gänze anerkannt wurden.
- Wegen eines längeren Krankenstands wurde Kollegin S. die IBS-Zulage eingestellt. Nach unserer Intervention musste diese Zulage jedoch im Sinne des Entgeltfortzahlungsgesetzes wieder zugesprochen werden.

Behindertenvertretung für MitarbeiterInnen der Stadt Wien

1200 Wien, Brigittaplatz 10/EG/11

Tel.: 01/4000-20831

Montag bis Freitag 8 bis 15:30 Uhr

behinderte@hg1.magwien.gv.at

www.behindertenvertretungstadtwn.com



Geboren um zu blödeln

Der Ostfrieser Otto Waalkes macht auf seiner Österreichtour auch einen Zwischenstopp in Wien. Die Stiftung Narrentest hat sein Programm „OTTO – Geboren um zu blödeln!“ eingehend auf einzelne Spaßfaktoren und Verträglichkeiten geprüft. Das Ergebnis: 40 % fühlten sich danach begeistert; 30 % entgeistert; 20 % beflügelt und nur 10 % gebügelt. Fazit: „Von Ostfriesland bis zur Neisse: Otto live ist einfach schön!“

Termine: 12. Oktober, 20.07 Uhr, 13. Oktober, 18.07 Uhr

Ort: Wiener Stadthalle – Halle F

Karten: (01) 79 999 79

Himmel, Hölle, Haider

Alfons Haider und Martin Oberhauser begeben sich in einer himmlisch verrückten Revue durch das Fegefeuer. Mit einem tragischen Unfall beginnt die ganze Geschichte. Alfons Haider erklimmt die Himmelsleiter und trifft dort alte Bekannte. Korrupte Politiker, alternde Diven, neidische Kollegen – alles lebende Tote – zwischen Himmel und Hölle. Martin Oberhauser als „Personal Angel“ hat alle Flügel voll zu tun, damit im Fegefeuer die Pointen und Gags nicht ausgehen.

Termine: 1./ 2./ 3./ 21./ 22./ 27. November, jeweils 19.30 Uhr

Ort: Theater Akzent, 4., Argentinierstraße 37

Karten: (01) 501 65-3306, www.akzent.at

Sehnsucht

Die ORF-Moderatorin und Sängerin Elisabeth Engstler präsentiert in ihrer Solo-Musikshow „Sehnsucht ... nach Traumprinzen und Nougatschokolade“ Geschichten und Lieder aus ihrem Leben. Es ist eine musikalische Reise von „Sonntag“ bis „Stormy Weather“ und von „Schenk mir dein Lächeln“ bis „New York, New York“. Es wird vieles zum Lachen, zum Nachdenken und Mitsingen geben.

Termine: 13. Oktober/29. November, jeweils 19.30 Uhr

Ort: Theater Akzent, 4., Argentinierstraße 37

Karten: (01) 501 65-3306, www.akzent.at

Die Ente bleibt draußen

Das deutsch-österreichische Satiriker-Duo Dirk Stermann und Christoph Grisseemann lesen aus Loriots gesammelter Prosa – und das mit großem Vergnügen. Vom überforderten Lottogewinner vor der Fernsehkamera bis zu den Herren im Bad, vom Frühstücksei bis zur Jodelschule.

Termine: 10. Oktober und 6. November, jeweils 19.30 Uhr

Ort: Theater Akzent, 4., Argentinierstraße 37

Karten: (01) 501 65-3306, www.akzent.at

Brenna tuat's guat

Hubert von Goisern hat seiner Musik das Fell abgezogen. Dem Sänger aus dem Salzkammergut sind in seinem Album „Entwederundoder“ radikal reduzierte Songs gelungen. Nach epischen und opulent instrumentierten Abenteuern schließt er nun an den Ausgangspunkt seiner Musik an.

Termin: 25. Oktober, 19.30 Uhr

Ort: Wiener Stadthalle – Halle D

Karten: (01) 79 999 79



Bild: © Eckhard Henkel

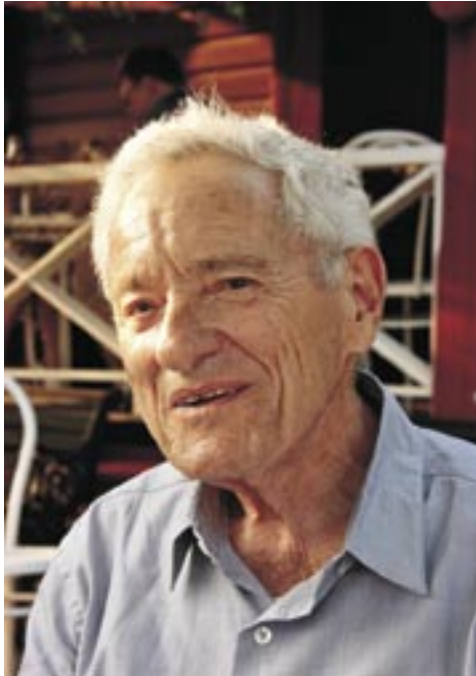
Winterreise

In ihrer „Reise im Stillstand“ führt Elfriede Jelinek das Theaterpublikum von den gegenwärtigen Zuständen unserer Welt – Bankenskandal, Entführungsoffer, Auswuchern sozialer Netzwerke – zu Stationen der eigenen Biografie: ihrem in der Psychiatrie gestorbenen Vater, der schwierigen Beziehung zu ihrer Mutter und schließlich auch dem eigenen, schmerzhaft erlebten Ausgesetztsein als Autorin.

Termin: 29. September, 19.30 Uhr

Ort: Akademietheater, 3., Lisztstraße 1

Karten: (01) 514 44-4140



Arno Gruen, Bild: © Timo Vitale

Der Unmensch in uns

Das brutale Vorgehen der Assadmilizen in Syrien wirft wieder einmal die Frage auf: Wozu ist der Mensch fähig? Der Schweizer Psychoanalytiker Arno Gruen hat in seinem Buch „Der Verlust des Mitgefühls. Über die Politik der Gleichgültigkeit“ Antworten darauf gefunden. Es ist 15 Jahre nach der Erstauflage (leider) noch immer aktuell. Er beschreibt darin die Geschichte des Menschen als Geschichte der Unterdrückung und Verzerrung des Mitgefühls. Dass der Mensch aus Ausschwitz nichts gelernt habe, hat Gruen zu seinen Forschungen angetrieben. Seine Analyse: Die Ursache des Hasses liege in uns selbst. Schmerz zu erleben, Schwächen zu zeigen werde uns aberzogen. Wir müssten das Opfer in uns hassen und suchten daher den eigenen Schmerz in anderen. Dabei leugneten wir unser Tun, um die eigene seelische Verstümmelung zu verbergen. Das Nichterleben des eigenen Schmerzes führe dazu, dass wir die eigene Identität nicht entwickeln könnten und nach starken „Führern“ suchten. Gruens Ausweg: Wir müssen uns mit dem eigenen, vergangenen Leid konfrontieren und das Kind in uns zurückholen. Erst dann seien wir fähig, zu selbstbestimmten Menschen zu werden.

Arno Gruen: Der Verlust des Mitgefühls. Über die Politik der Gleichgültigkeit. München: Deutscher Taschenbuch Verlag, 1998, 2. Auflage, 298 Seiten, ISBN: 3-423-35140-3.

Mein Lieblingslokal

Der Silberwirt - das Wiener Gasthaus in Margareten

Gemütliches Ambiente und ein schöner Gastgarten im Schlossquadrat.

In Margareten gibt es viele empfehlenswerte Lokale. Der Silberwirt profitiert von einem wunderschönen Gastgarten im Innenhof des Schlossquadrates. Die traditionelle Wiener Küche bietet zu fairen Preisen von Montag bis Samstag Mittagsmenüs an und ist auf Schnitzelkreationen, Fisch, Salatvariationen, vegetarische Gerichte und Mehlspeisen ausgerichtet. Viele Produkte werden von Bauern aus dem nahen Umfeld bezogen und sind Basis für die Qualität der Küche. Die Getränkekarte bietet dreierlei Fassbier, darunter die Eigenmarke „Margaretnr“, und auch die WeinliebhaberInnen kommen nicht zu kurz.

Das Service ist sehr gut organisiert. Auch bei voller Auslastung gibt es kaum Wartezeiten.

gerhard.heczko@wien.gv.at

Öffnungszeiten: Montag bis Sonntag von 12 Uhr bis Mitternacht 5., Schlossgasse 21, www.schlossquadrat



Bild: © Richard Andraschko

Bewertung

Küche	29 (von 35)	Keller	8 (von 10)
Service	14 (von 15)	Atmosphäre	15 (von 15)
Preis/Wert	19 (von 20)	Familie	4 (von 5)

Insgesamt 89 Punkte (von 100 möglichen)

Betriebskeglermeisterschaft Hauptkläranlage

Vor Ende der Saison 2011/1012 der Betriebskeglervereinigung verteidigten wir den Meisterschaftstitel der 1. Klasse wieder erfolgreich. Damit gelang uns der Gewinn der höchsten Spielklasse bereits zum fünften Mal in den letzten sechs Saisonen. Erstmals in unserer Vereinsgeschichte holten wir auch den Cup-Sieg und fixierten damit das Double. Mit unserer zweiten Mannschaft haben wir ebenso berechnete Chancen, in der 2. Spielklasse das „Stockerl“ zu erreichen. Drei Runden vor Saisonschluss (der 2. Klasse) lagen wir mit einem Spiel weniger als der Drittplatzierte nur drei Punkte zurück. Die Einzelleistungen unserer Spieler können sich ebenso sehen lassen. In der Einzelmeisterschaft belegten wir bei den Herren mit Christian Hirschmugl und Herbert Pimperl die Plätze 1 und 2 und konnten auch hier den Titel aus dem Vorjahr erfolgreich verteidigen.



Bild: © Harald Planner

Die erfolgreichen Spieler beim Gewinn des Cup-Titels (Andreas Lassy, Johannes Pimperl, Herbert Pimperl und Christian Hirschmugl mit BKV-Obmann Johann Hanta).

GdG-HG 1-Fußballmeisterschaft 2011/2012

Die erstarkte Mannschaft der MA 6 lieferte sich mit der MA 31 durch streckenweise konstante Leistungen ein spannendes Duell. Dies kostete die MA 31 in den letzten Begegnungen den Titel. Meister aufgrund der langfristig guten Ergebnisse wurde die MA 6 vor der MA 31. Kick4Fun erreichte noch den 3. Platz. Diese Platzierung wurde allerdings durch eine Serie an Matchverlusten, bedingt durch berufliche Dienstplanumstellungen und damit verbundenen Spielermangel an den Austragungstagen, begünstigt. Torschützenkönig mit 18 Toren wurde Rainer Neuffer von der MA 6.



20. TT-Sommerturnier der Hauptgruppe 1

Am 2. Juni wurde das 20. TT-Sommerturnier der Hauptgruppe 1 mit 26 StarterInnen in der TT-Halle des WAT Kaisermühlen ausgetragen.

- Den Titel im Herren-Einzel gewann Mag. Richard Tekula (MBA 2). In einem spannenden Finale behielt er gegen René Bartak (MDO) im 5. Satz die Oberhand.
- Im Damenbewerb kürte sich Claudia Huyer zur Siegerin.
- Die Paarung Benjamin Vasik/Mag. Rabenhorst (MBA 2/ MBA 18) gewann den Doppelbewerb.
- A-Bewerb: 1. Mag. Richard Tekula (MBA 2), 2. René Bartak (MDO), 3. Christian Steininger (WStW) und Gerhard Bauer (MA 2)
- B-Bewerb: 1. Harald Planner (MA 2), 2. Helmut Peroutka (MA 15) 3. Gerhard Nowak (MA 50) und Benjamin Vasik (MBA 2)
- C-Bewerb: 1. Heinz Huber (MA 51), 2. Gerhard Hanzal (HG VII), 3. Mag. Lothar Rabenhorst (MBA 18) und Claudia Huyer
- Hobby: 1. Cyrus Adler (MA 63), 2. Ralph Berar (MA 6), 3. Günther Fritsch (MA 62) und Dominik Schuster
- Damen: 1. Claudia Huyer, 2. Brigitte Müller (HG VII), 3. Michaela Posa (MA 56), Renate Zimmel (MA 56), Katharina Graf (MA 56) und Nicole Novak (MA 2)
- Doppel: 1. Benjamin Vasik/Mag. Rabenhorst (MBA 2/ MBA 18), 2. Gerhard Nowak/Gerhard Hanzal (MA 50/ HG VII), 3. Christian Steininger/Cyrus Adler (WStWI/MA 63) und Günther Fritsch/Gerhard Bauer (MA 62/MA 2)



Bild: © Harald Planner

Tischtennis-Sommerturnier-Gruppenbild mit Damen.

Schlaue Köpfe sind bei der Gewerkschaft

Gekreuztes Worträtsel

Beliebter Rathausplatz

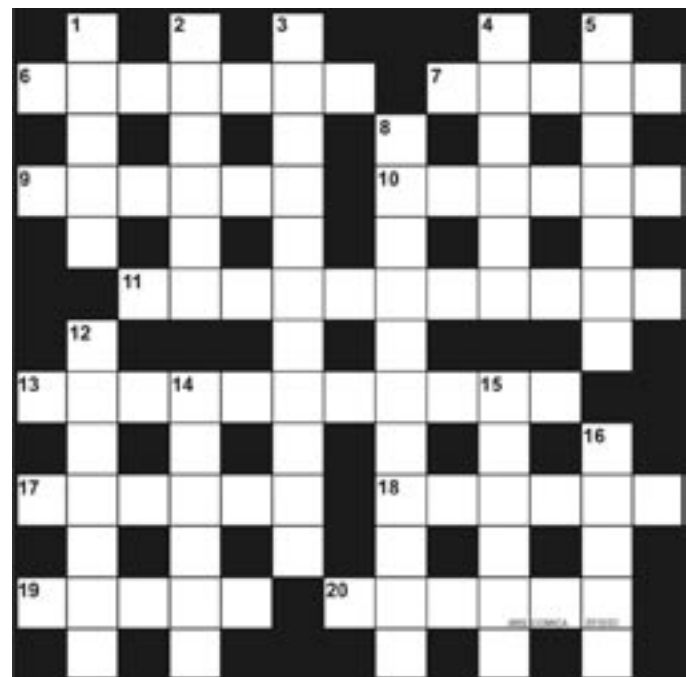
Das Sommerkino am Rathausplatz ist ein beliebter Treffpunkt für kulinarische und kulturelle Genießer. Sechs Männer, die sich vor Jahren bei diesem Event angefreundet hatten, treffen sich seitdem jedes Jahr auf dem Rathausplatz. Finden Sie anhand der Hinweise heraus, wie sie heißen (Vor- und Nachname), wo sie wohnen und auf welcher Position sie stehen.

- Christoph kommt aus Andachtsdorf.
- Norbert steht auf Position 3.
- Prokitsch – sein Vorname lautet nicht Raimund – steht auf Platz 6.
- Herr Halmetschlager steht direkt rechts neben Christoph.
- Die Positionsnummer des Mannes aus Lebraburg ist ungerade.
- Der Kegelwart, dessen Nachname nicht Platzer lautet, befindet sich auf Position 2.
- Zwischen Thomas Michlveit und dem Mann aus Bullensteig stehen mindestens zwei andere Männer.
- Herr Schmufter ist aus Langschwarza; er steht direkt rechts neben Dietmar, aber nicht auf Platz 5.
- Martin und der Mann aus Grumpitz sind durch mindestens eine Person voneinander getrennt.

Vorname: Christoph, Dietmar, Martin, Norbert, Raimund, Thomas

Nachname: Halmetschlager, Michlveit, Platzer, Prokitsch, Schmufter, Tryklor

Wohnort: Andachtsdorf, Bullensteig, Grumpitz, Kegelwart, Langschwarza, Lebraburg



Waagrecht: 6 Silvesterknaller 7 Festlichkeit 9 Futtertrog 10 Essigsäuresalz 11 nicht zeitgerecht aufwachen 13 Gepäckaufsatz am Autodach 17 körperliche Erholung 18 nachgeahmtes Industrieprodukt 19 Wasserstandsanzeiger 20 legendärer Witzerzähler der „Spitzbuben“ (Toni)

Senkrecht: 1 Fleckenmuster, Textilstoff 2 beweglicher Verschluss 3 Vitalität 4 schöne Frau der griech. Sage 5 besprechen, erörtern 8 Wissens-, Arbeitsbereich 12 Tabakfreund 14 Detektivfigur bei A. C. Doyle 15 amerik. Erfinder (+ 1931) 16 Saft der Leber



MAGISTRART

Das Podium für Kunst & Können im Wiener Magistrat

Wir suchen Gedichte, Kurzgeschichten, Lyrik, Satiren, Fotos, Aquarelle, Zeichnungen, Skulpturen, Keramik, Handarbeit, Kompositionen, Schauspiel, Tanz, Artistik – also alles, was Kunst & Können zu bieten haben.

Wenn Sie eine kreative Mitarbeiterin oder ein kreativer Mitarbeiter sind, schreiben Sie uns – und vielleicht sind dann Ihre Werke demnächst auf dieser Seite zu sehen. Mit Ihrer Einsendung sind Sie mit einer honorarfreien Veröffentlichung in der Zeitschrift „teamwork“ sowie auf www.fsg-hg1.at einverstanden.

Die Beschreibung Ihrer Arbeit und die Kontaktdaten sollten als Word-Dokument übermittelt werden. Die angehängten, aber nicht ins Word-Dokument eingebauten Fotos in den Formaten *.jpg oder *.tif sollten max. 800 x 600 Pixel, Auflösung mindestens 72 dpi, haben.

Kontaktadresse: magistrART@hg1.at



„Spross der Liebe“ - Ursula Klari, MA 28
Acryl, 80 x 60 cm, ursula.klari@wien.gv.at



„Carneval“ - Ernst Neuhold, MA 40
Öl auf Holz, 30 x 18 cm, ernst.neuhold@wien.gv.at

BIRGIT DENK & DIE NOV
AKS ROLAND DÜRINGER
VIKTOR GERNOT LUKAS
RESE TARITS WILLI RES
ETARITS I STANGL THOM
AS STIPSITS & MANUEL
RUBEY MIKE SUPANCIC
MODE-
RATION MERCEDES ECHERER

Schon zum 15. Mal

LACHEN
HILFT!

VOLKSTHEATER

NEUSTIFTGASSE 1 1070 WIEN

26. OKTOBER 2012 BEGINN: 19:30

KARTENPREISE: 30,-/45,-/60,- EURO. KARTEN IM
VOLKSTHEATER WIEN WWW.VOLKSTHEATER.AT

VIP-TICKETS 100,- EURO ZU BESTELLEN UNTER
N.HEINELT@INTEGRATIONSHAUS.AT

Integrationshaus



Vermischtes

Arkadengespräche am 23. November

Die nächsten Arkadengespräche mit HG 1-Vorsitzendem Norbert Pelzer und seinem Team finden am 23. November ab ca. 16 Uhr im Arkadenhof des Rathauses statt. Besprechen Sie mit ihnen, welche Anliegen für Sie besonders wichtig sind und welche Prioritäten die Gewerkschaft für 2013 setzen soll. Die GdG-Frauen und die Kreativclub-Damen werden wieder ihre Kunstwerke anbieten. Der Reinerlös kommt einem wohltätigen Zweck zugute.

Linie 5B statt 34A

Einem langen Wunsch der Personalvertretung nach besserer und regelmäßigerer Erschließung des Amtshauses Muthgasse entsprechend wird die bisherige Strecke der Linie 34A ab sofort regelmäßig den ganzen Tag über durch die Linie 5B bedient.

Kanalspüler standen auf dem Treppchen

Das Team von Wien Kanal katapultierte sich beim Berufswettkampf in München unter 18 angetretenen Mannschaften auf Anhieb auf den dritten Platz. Kriterien des Wettkampfs waren die Absicherung einer Arbeitsstelle im Straßenraum mit Einstieg in den Kanal sowie die Evakuierung nach einem simulierten Gasalarm unter Atemschutz.



Bild: © WienKanal

Erfolgreiche Wiener Kanalspüler wurden Dritte unter 18 Teilnehmern: (v. l. n. r.) Michael Hediger, Peter Misch, Mario Brisker und Thomas Weigl

Auflösung von Seite 31:

Beliebter Rathausplatz: Platz 1, Thomas Mithlvel, Grumpitz: Platz 2, Dietmar Tryklor, Kegelewart: Platz 3, Norbert Schmunter, Langschwärza: Platz 4, Christoph Platzer, Andachtsdorf: Platz 5, Raimund Halmetschlagger, Lebraburg: Platz 6, Martin Prokotsch, Bullensteig: Gekuztes Worttäsel: Waagrecht: 6 BOELLER 7 FEIER 9 KRIPPE 10 ACETAT 11 VERSCHLAFEN 13 DACHTRÄGER 17 SCHLAF 18 MITTAT 19 PEGEL 20 STROBIL Senkrecht: 1 MOIRE 2 KLAPPE 3 LEBENSKRRAFT 4 HELENA 5 BERATEN 8 SACHGEBIET 12 RAU- CHER 14 HOLMES 15 EDISON 16 GALLE



Bild: © Michael Witzmann

Ausspannen beim Lernen. Für die KollegInnen, die sich an der Verwaltungsakademie der Stadt Wien fortbilden, hat die Hauptgruppe 1 vier Sitzbänke zur Verfügung gestellt: Auch beim lebenslangen Lernen muss ein wenig für Zeit für Pausen sein. Eine der neuen Sitzbänke mit Verwaltungsakademie-Chefin OSR Mag.^a Renate Balic-Benzing und HG 1-Vorsitzendem Norbert Pelzer.

Feuerwehr Wien: Medaillen bei Blaulicht-Titelkämpfen

Bei der „Polizei- und Feuerwehr-Europameisterschaft“ hat der SKV Feuerwehr Wien 17 Medaillen errungen und war damit wieder erfolgreichste Delegation aus Österreich: Sebastian Steinkellner holte sich die Titel im Stabhochsprung und Hammerwurf der offenen Klasse, errang Silber im Kugelstoß und Diskuswurf und Bronze im Speerwurf und im Weitsprung. Josef Pfennigbauer holte den Titel über 100 und 200 Meter sowie im Hoch- und Stabhochsprung in seiner Altersklasse heim. Silber gab's für Weitsprung. Alexander Matejka konnte die Goldmedaille im Stabhochsprung und im Hammerwurf in seiner Altersklasse für Österreich erringen. Silber gewann er in den Disziplinen Kugelstoß, Speerwurf und Diskuswurf, im Weitsprung Bronze.

Feuerwehrkalender. Der neue, brandheiße Vienna Fireman Calendar 2013 ist ab 26. Oktober in allen Wiener Hauptfeuerwachen sowie online unter www.firemans.at zu haben.

Business Run 2012. Am 6. September nahmen mit finanzieller Unterstützung der Hauptgruppe 1 insgesamt 75 Teams bzw. 225 KollegInnen in den Disziplinen „Laufen oder Nordic Walking“ teil. Mehr Infos unter www.fsg-hg1.at - News



Bild: © WienEnergie

Brettln auf dem Kreischberg: Glückliche sein

HG 1 verhilft Familien, die's brauchen, zu einem schönen Winterurlaub in einer Top Gegend!



Während die bunten Blätter den Herbst zum Leuchten bringen, ist man gut beraten vorzusorgen, um die Augen beim Winterurlaub zum Strahlen zu bringen. Zwischen 2118 und 868 Meter hoch liegen die schneesicheren 46 Abfahrten für die ganze Familie in der Murauer Sportarena Kreischberg. Eine Naturrodelbahn gibt's gleich bei der Talstation der Vierer-Sesselbahn. 14 Seilbahnen und Lifte bringen in wenigen Minuten zum Schwung ins Schneevergnügen. Am Samstag, dem 22. Dezember, machen wieder die Ski-Freestyler am Kreischberg Station. Auf dem Programm steht ein Weltcup auf der Buckelpiste („Moguls“).

Ihre Abfahrtskilometer können Sie in Verbindung mit Ihrem Skipass täglich online abrufen: <http://goo.gl/ra9mR> (erstellt von der Redaktion mit Google-Url-Shortener). Die 80-Maschinen-Beschneigungsanlage ist die größte der Steiermark. 100 Hektar Pistenfläche können damit in weißes Abfahrtsvergnügen verzaubert werden. Der Kreischberg hält das steirische Pistengütesiegel.

„Die Hauptgruppe 1 macht den Winterurlaub für Familien leichter leistbar“, sagt HG 1-Finanzreferent und Vorsitzender-Stellvertreter Michael Kerschbaumer: „Wir haben ein hübsches Quartier reserviert, das wir mit Unterstützung aus dem Sozialfonds der Gewerkschaft zur Verfügung stellen.“



Bild: © Tourismusverband Murau

Nähere Auskünfte und Reservierung:
Beate Orou, Tel.: 01 / 4000-83714
E-Mail beate.orou@wien.gv.at

Benefizturnier für „Verein Wiener Frauenhäuser“



Bild: © KSV

Reinerlös von 2.400 Euro übergeben.

Unter dem Motto „Männer spielen für Frauen – für Frauen, die mit Männern schlechte Erfahrung gemacht haben“, fand heuer zum vierten Mal unser Turnier statt. Der Reinerlös von 2.400 Euro wurde wie in den Vorjahren dem Verein „Wiener Frauenhäuser“ übergeben.

18 Mannschaften, gebildet von Schulwarten und ihren Freunden, waren am 16. Juni mit großer Begeisterung angetreten, um den Turniersieg zu erringen. Als Sieger nach einem heißen Fußballtag gingen die Spieler von „Los Filigranos“ vom Platz. Für unsere Zuschauer, besonders für die Jüngsten, wurde wieder ein attraktives Rahmenprogramm gestaltet.

Als Ehrengäste durften wir den Sozialminister und ehemaligen GdG-Vorsitzenden Rudolf Hundstorfer, Sportstadtrat Christian Oxonitsch, GdG-KMSfB-Vorsitzenden Christian Meidlinger, HG 1-Vorsitzenden Norbert Pelzer, HG 1-Vorsitzenden-Stellvertreter Michael Kerschbaumer, MA 56-Dienststellenleiter Mag. Robert Oppenauer, OAR Franz Maslo und die Stellvertretende Geschäftsführerin der „Wiener Frauenhäuser“ Susanne Deutsch begrüßen.

☎ walter.krammer@wien.gv.at
 ☎ manfred.palczek@wien.gv.at



Bild: © KSV

Als Sieger gingen die Spieler von „Los Filigranos“ vom Platz.

Am Muttertag das Leben gerettet

Ausgerechnet am Ehrentag seiner Mutter rettete ihr der 11-jährige Patric das Leben. Sie wäre sonst hilflos verbrannt. Als alles verloren war, halfen Gewerkschaft, KollegInnen und Freunde zusammen, um das Nötigste zu beschaffen.

Mama, Mama, steh auf, es brennt!“ So riss mich mein Patric aus dem Schlaf. Es war Muttertag, und ich hatte mich ein wenig hingelegt. Der Zählerkasten war explodiert. Innerhalb von Augenblicken stand mein Haus in Flammen. Löschversuche mit Feuerlöschern und Wasserschlauch hatten nicht den Hauch einer Chance. Wir versuchten zu retten, was zu retten war. Ich bin „viechernarrisch“, habe Hasen, Hunde, Meerschweinchen, Hamster und Terrarientiere gerettet, wenn es ihnen schlecht ging. Diesmal mussten wir sogar ihre Leben retten – um den Preis, dass ich fürchterliche Verbrennungen an den Armen und im Gesicht erlitt. Ich vermied es dennoch, vor Schmerzen zu schreien, um meinen Sohn nicht noch mehr zu ängstigen. Der Notarzt quetschte mir beutelweise schmerzstillende Infusionen in den Körper. 97 Feuerwehrleute kämpften dreieinhalb Stunden gegen die Flammen, während ich bereits im Spital lag. Dennoch verbrannte alles, von Dokumenten und Erinnerungsfotos über die komplette Bekleidung bis zu Lebensmitteln, Geldbörsel und gesamtem Hausrat. 250.000 Euro machte der Schaden am Haus aus. Der ist wenigstens durch die Versicherung gedeckt. Zwei Mal musste ich Hautverpflanzungen aushalten. Sie verheilen langsam, tun aber noch immer ordentlich weh. Als mein Gewerkschafter Werner Krachler von meinem Unglück erfuhr, kümmerte er sich sofort um eine finanzielle Starthilfe von der Gewerkschaft, meine KollegInnen legten zusammen, und meine Nachbarn und Freunde halfen mit dem Nötigsten aus. Der Bürgermeister besorgte eine kostenlose Ersatzwohnung. Es wird wieder aufwärtsgehen. Und zum Muttertag feiern haben wir künftig doppelt Grund.

Christl Becker



Bild: © Richard Andraschko

teamwork

Nr. 03/2012

Sponsoring-Post

Verlagspostamt 1010 Wien

Zulassungsnummer

GZ02Z030516S

DVR: 0046655